

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2[50] DM

Nr. 457

20. August 1998

HALLO!!

Anstelle des üblichen Vorwortes findet ihr diesmal eine Stellungnahme zu einem offenen Brief an uns und andere Redaktionen auf S.2.

in diesem Sinne

eure diesmalige Interim-Redakzion

INHALT:

S. 3 offener Brief/offene Antwort
4 Pressespiegel
5 Lego
6 THW-Diskussion
78
8 Behle
9 Volxsport
10 Anti-AKW-Aktionstage
12 Hannover 3.10./Christel Fröhlich
13 Görlitz-Camp
18 Volxsport II
19 Antifa-Mobilisierung Rostock
20 Bussportliga im Aufbau
22 Rote Hilfe zu Antifa Passau
24 Infos zu Naziaufmarsch münster
25 Fest zum neuen Mond ??
27 Termine
.... bis zum Ende

Herausgeberin:
Interim e. v.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

ORDNER:

Pornographie und linker Behaviorismus
Theoriepapiere zum 3.10.:
Keine Arbeit für Deutschland
Die Nation und ich
Freiheit für Patricio Ortiz
Kleine Anfrage zu Nazis in Berlin



OFFENER BRIEF AN DIE INTERIM-Redaktion

In unserem Artikel „Busfahren hat Folgen" (interim 456) wurde A[geschwärzt]* Name bis auf den Anfangsbuchstaben geschwärzt, ohne daß dies als Eingriff der Redaktion in unseren Text kenntlich gemacht wurde.

Wir fordern hierfür eine Begründung.

Sollen wir das Vorgehen der interim-Redaktion dahingehend verstehen, daß die interim-Redaktion unsere Forderung, Täter / pädophile Strukturen *auch innerhalb der Szene* offenzulegen, nicht teilt?!

Dies setzt die Tradition von Täterschutz durch die interim-Redaktion fort:

- Im Vorwort der interim 452 hat die interim-Redaktion erklärt, daß sie das Thema Pädophilie / sexualisierte Gewalt in die „Mottenkiste" packen will, da sie das Thema nicht als „spektakulär" genug erachtet.
- Damit bringt die interim-Redaktion ihre fünfjährige Praxis in Bezug auf Pipo treffend auf den Punkt. Im Falle von Pipo hat die Anonymisierung durch die Redaktion mitdazubeigetragen, daß dieser jahrelang sexualisierte Gewalt auch in der Szene ausüben konnte. Den betroffenen Kindern und Jugendlichen hingegen hat die Redaktion die Unterstützung verweigert.

Veröffentlicht jetzt endlich den Text der im Ordner von Heft 452 landete!

Pädophile und Täterschützer raus aus Szene und interim-Redaktion!

PS: Weil lesen bilden kann:

Pädophilie. Sexualisierte Gewalt gegen Kinder. S.A.M.T.: Bremen, 1998, 26 S. Din A 5, ca. 3 DM.

Die „Kinderfreunde". Ein Reader zu/gegen Pädophilie, Päderastie und sexuellem Mißbrauch (gegen Jungen), Berlin, 1996, 46 S. Din A 4, 6 DM.

---

* Der Diskussionsprozeß zum Thema „Namensnennung" ist innerhalb unseres Projektes noch im Gange. Deswegen hier und heute nochmals schwarz und ohne nähere Begründung.

Offene Antwort einer INTERIM-Redaktion

Euer offener Brief ist ins Blatt gekommen.
Dies ist geschehen, obwohl wir Euren Brief - was unser Projekt betrifft - für politischen Rufmord und demagogisch halten.
Ihr glaubt doch wohl selbst nicht, daß das Projekt INTERIM von "Pädophile(n) und Täterschützer(n)" getragen wird und die "Tradition von Täterschutz" eine "fünfjährige Praxis" hat. Und hört vor allem auf, solch einen hahnebüchenen Unsinn zu behaupten.
Uns fehlte im Streß der Produktion leider die Zeit, Eurew Pauschal-denunziationen durch Belege aus dem Archiv zu entkräften. Wir sind uns aber sehr sicher, daß damls nicht eine INTERIM-Redaktion Pipos Name in XY verändert hat, sondern diejenigen, die dazu Artikel verfaßten.
Ein Dilemma derdamaligen Debatte war, daß sich diejenigen der Kinder und Jugendlichen, die sich äußerten, vor Pipo stellten und ihn verteidigten.
Die Unterstellung, INTERIM hätte§den betroffenen Kindernund Jugendliche[n] ... die Unterstützung verweigert", ist infam.
P.S.: Weil lesen bi●lden kann, werdet auch Ihr wissen, daß es die INTERIM-Redaktion nicht gibt, sondern verschiedene Gruppen existieren, die im Wechsel diese Zeitung produzieren.
P.P.S.: Euer anderer Artikel, der im Ordner landete, ist uns nicht bekannt. Wenn Ihr ihn mitgeschickt hättet, hätten wir die Möglichkeit gehabt, über einen eventuellen Abdruck zu entscheiden.

Manche geben Geld für die Chipkarte

Kreditkarteneinkauf für Asylbewerber kostet monatlich 8000 Mark extra / Hamburg zahlt weiter bar aus

BERLIN (bk). Bayern, meint Michael Thiel vom Landesamt für Gesundheit und Soziales, gehe viel rigider vor. Dort sei es üblich, Lebensmittel-Pakete in die Heime zu liefern, in Berlin könnten Asylbewerber immerhin noch selber einkaufen. Zepideh J. aus dem Iran, die am Freitag erstmals mit der neuen Chipkarte unterwegs war, hält die Karte zumindest für besser als die alten Wertgutscheine: „Früher hatten wir weniger Auswahl. Leider ist aber Aldi oder Penny nicht dabei." Bislang sind es 60 Läden, in denen Karten-Lesegeräte angeschlossen sind, doch neben kleinen türkischen, indischen und arabischen Kaufleuten gehören jetzt auch Ketten wie Extra, MiniMal, Rewe oder Edeka dazu. Kosten entstehen den Händlern nicht, doch einige fürchten offenbar Imageverlust und verzichten auf ausländische Kundschaft. Die Firma „Sorat", die zeitweise die zwei einzigen Läden für Flüchtlinge betrieb, zog sich nicht zuletzt wegen der politischen Debatte um den „Zwangseinkauf" aus dem Geschäft ganz zurück. Der Ruf von „Sorat", auch Träger von Heimen und einer Hotelkette, sei gefährdet. Im letzten Jahr gehörte Bischof Wolfgang Huber zu den Wortführern des Protestes.

„Früher hatten wir weniger Auswahl. Leider ist aber Aldi oder Penny nicht dabei."

Strikt gegen jede Sonderbehandlung beim Einkauf ist Renate Künast, Fraktionschefin der Grünen. Die Zahl der Läden auszuweiten, ändere nichts an der Problematik. Die Anwältin fordert Rückkehr zum Bargeld. Sozialhilfe für Asylbewerber sei ohnehin auf 80 Prozent gekürzt worden, dies sei für die Betroffenen schon „schwierig genug".

Das 1997 geänderte Asylbewerberleistungsgesetz schreibe vor, Sozialhilfe grundsätzlich als Sachleistung zu gewähren, hält Thiel vom Landessozialamt dagegen. Damit will man „Bargeldflüchtlinge" abschrecken. Die neue Praxis für 2000 in Heimen des Landes untergebrachte Asylsuchende sei juristisch einwandfrei. Ausgeschlossen ist Bargeld aber nicht, im Gesetz steht „Vorrang" für Sachleistungen. Hamburg zum Beispiel zahlt weiter Geld aus, auch viele Gemeinden im Bundesgebiet tun dies weiter. Gegen Chipkarten auch für die insgesamt rund 40 000 Berliner Flüchtlinge, die in bezirklichen Heimen oder eigenen Wohnungen leben, haben sich Bezirke mit rotgrüner Mehrheit bereits ausgesprochen.

Die Chipkarten werden seit Anfang August monatlich in der „Zentralen Leistungsstelle für Asylbewerber" am Tiergartener Friedrich-Krause-Ufer „geladen". Dem Haushaltsvorstand stehen 360 Mark zu, durchschnittlich seien es 240 Mark für alle Familienangehörige. Mit der Organisation des Kartensystems ist die Münchener Firma „Infracard" beauftragt. Dieser Service kostet monatlich rund 8000 Mark.

Die behördlichen Bedingungen beim Karteneinkauf sind unterdessen in den Geschäften nicht überall bekannt. Bei „Extra" in der Potsdamer Straße in Schöneberg sagt der Marktleiter, mit der Infracard könne „alles" gekauft werden. Ein Verbot von Alkohol und Tabakwaren sei ihm nicht bekannt. Beim indischen Groß- und Einzelhändler „Chauhdry" in der Bülowstraße 56 heißt es, „eine Flasche Wein" sei in Ordnung. Für verwerflich halte man Kollegen, die gegen Provision Bargeld auf die Karte auszahlen. Ein Kunde aus Bangladesh sagt: „Manche haben deutsche Freunde und geben denen die Karte zum Einkaufen und bekommen dafür Geld."

Planen Autonome wieder Anschläge?

Warnung des Innenministers / Hintergrund: Chipkarte als Einkaufsmöglichkeit für Asylbewerber

BERLIN (weso). Bundesinnenminister Kanther rechnet mit einer neuen Welle von Anschlägen in Berlin. Im neuen Kriminalitätsbericht warnt er Zeitungsberichten zufolge besonders Supermärkte, in denen Asylbewerber einkaufen. Angeblich bereiten autonome Gruppen Gewalttaten vor, um gegen das „Sachleistungsprinzip" zu protestieren, wobei Asylbewerber Sozialhilfe nicht mehr in bar ausgezahlt bekommen. Seit August müssen 2100 in Heimen des Landes untergebrachte Flüchtlinge bargeldlos mit Chipkarten einkaufen. Zu den 60 Läden mit entsprechenden Lesgeräten gehören Filialen von extra, Edeka, Rewe, miniMal und Reichelt. Die CDU-geführte Senatssozialbehörde möchte, daß demnächst alle rund 30 000 Flüchtlinge in Berlin mit diesen Karten einkaufen. Man wolle auf diese Weise diejenigen, die nur wegen des Geldes nach Deutschland kommen sowie Schlepperbanden abschrecken.

Dem Zeitungsbericht zufolge werden derzeit in der autonomen Szene Flugblätter verteilt, auf denen zu Anschlägen gegen Supermärkte aufgerufen wird, die dem System angeschlossen sind. Der Berliner Polizei ist von möglichen Gewalttaten allerdings nichts bekannt.

Bereits im vergangenen Jahr, als darüber diskutiert wurde, Asylbewerbern keine Sozialhilfe mehr auszuzahlen, sondern sie ihnen in Form von Gutscheinen oder Chipkarten zu übergeben, folgte eine Reihe von Brandanschlägen. Anfang Oktober 1997 hatten Vermummte am Teutoburger Platz in Prenzlauer Berg eine Filiale von Kaiser's angezündet. Der Supermarkt brannte vollständig aus. Bei dem nächtlichem Anschlag gingen auch rund 20 geparkte Autos von Anwohnern in Flammen auf.

Wenige Tage später gingen gleich zwei anonyme Bekennerschreiben unterschiedlicher Gruppen ein, die die Verantwortung für den Brandanschlag übernahmen. In beiden Schreiben wurde als Grund für die Gewalttat die angebliche Diskriminierung von Bürgerkriegsflüchtlingen genannt. „Kaiser's" habe sich, so hieß es damals in den anonymen Briefen, an „Geheimgesprächen zwischen Polizeisenator Schönbohm und Sozialsenatorin Hübner beteiligt", die zum Ziel hätten, daß Bürgerkriegsflüchtlinge nur noch mit Gutscheinen und Chipkarten einkaufen dürften.

Auch in Brandenburg gab es Anschläge. In Mittenwalde (Kreis Teltow-Fläming) wurden im August 1997 Lastwagen der Spar AG angezündet. Auf eine Lagerhallenwand wurden Parolen wie „Spar ist rassistisch" und „offene Grenzen für alle" gesprüht.



Anschlag auf ICE-Strecke

BONN (rtr). Auf die ICE-Neubaustrecke Köln-Frankfurt ist bei Bad Honnef ein Brandanschlag verübt worden. Der Staatsschutz der Bonner Polizei habe Ermittlungen aufgenommen, da Gegner der geplanten Trasse für die Brandstiftung verantwortlich sein könnten.

AUSGEBRANNT. Millionenschaden entstand bei dem Anschlag auf Kaiser's. Foto: C. Schroth

Hakenkrallen-Anschläge auf Bahnstrecken

27.7

HANNOVER (dpa). Auf zwei Strecken der Deutschen Bahn AG im Raum Hannover sind in der Nacht zum Sonntag erneut Anschläge mit sogenannten Hakenkrallen verübt worden. Zwei Züge blieben liegen, verletzt wurde jedoch niemand. Nach Angaben des Bundesgrenzschutzes (BGS) wurden jeweils die Oberleitungen beschädigt. Es entstand ein Schaden von rund 25 000 Mark. Die Strekken mußten teilweise gesperrt werden. Der Bahnverkehr wurde beeinträchtigt. Hinweise auf die Täter gab es zunächst nicht.

HERAUS AUS DER LINKSRADIKALEN BEWEGUNGSLOSIGKEIT

„Daher wollen wir diesen Zustand aufheben und die undogmatische Linke in dieser Stadt wieder zu einem Faktor machen. Dieser zugegeben sehr hohe Anspruch ist wenn überhaupt nur gemeinsam zu erfüllen." (AOK - Papier zur Lego - Gründung)



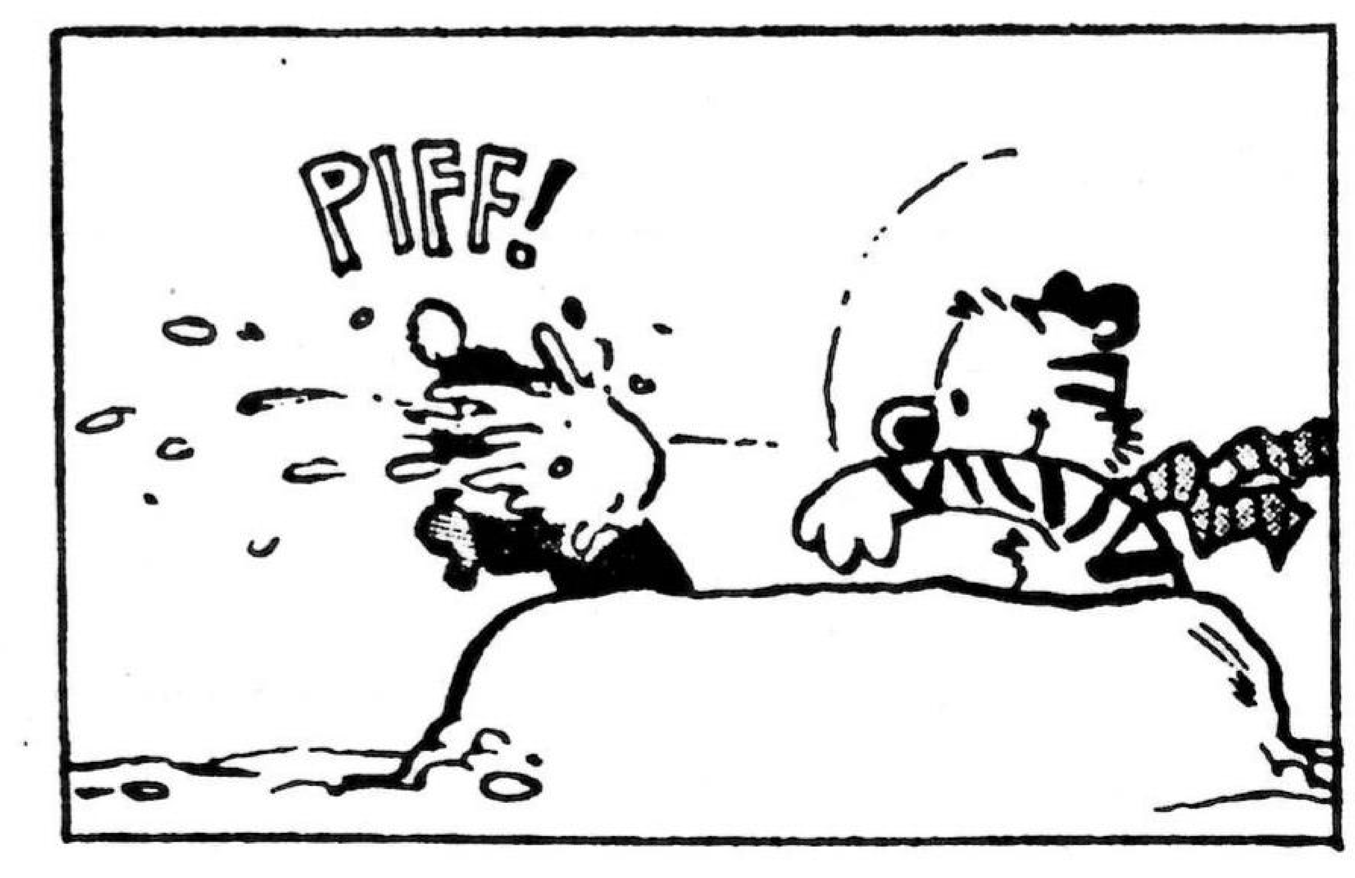




LEGO (linksradikale Entwicklung gemeinsam organisieren) ist / war? ein Vernetzungsversuch, der 1997 in Berlin ins Leben gerufen wurde. Anfangs nahmen über 50 Leute aus verschiedensten Gruppen teil. Mit der Zeit entstand ein zweiter Vernetzungsversuch unter dem Namen „duplo" (zur Überwindung des Generationskonflikts?) Eingeleitet wurde das erste LEGO - Treffen mit folgender Feststellung: „Unserer Einschätzung nach ist die Situation der Berliner Linksradikalen vorrangig durch Abgrenzung und Isolation untereinander gekennzeichnet. Diskussionen werden nicht gemeinsam geführt sondern - wenn überhaupt nur noch in Klein - und Kleinstgruppen. Gemeinsame Initiativen finden kaum noch statt. Ein gemeinsamer Nenner existiert nicht (mehr). Spontane Handlungsfähigkeit ist schon länger nicht gegeben." Diese Einschätzung teilten am Anfang viele Gruppen und waren auch zahlreich zum LEGO - Treffen erschienen. Allerdings um abzuwarten was passieren wird. Ca. vier Gruppen bemühten sich die Diskussion in Gang zu bringen, der Rest blieb bald weg. Nun steht das „Rest LEGO - Treffen" vor der Frage: „machen wir weiter oder lösen wir den Laden auf?" Wir wollen aber noch einen letzten Versuch starten und laden dazu alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen ein, um die Entscheidung nicht allein zu treffen, ob wir etwas ganz Neues ins Leben rufen wollen.

Letztes? LEGO - Treffen am Sonntag, den 06.09.98 um 18.00 Uhr ARI Yorkstr. 59





Wir fragen Euch:

1. Brauchen wir eine Diskussionstruktur, wo Gruppen und Einzelpersonen über die Perspektiven der Berliner Linksradikalen inhaltlich diskutieren?
2. Gibt es andere Möglichkeiten um Diskussionen und Aktionsansätze zusammenzuführen?
3. Brauchen wir nicht ein kontinuierliches Treffen, wo inhaltliche Diskussionen mit Aktualität verbunden werden?

Bringt Vorschläge, gute Laune und ein solidarisches Diskussionsverhalten mit.

Stellungnahme zu den Geschehnissen im Thommy-Weißbecker-Haus

Das Thommy-Haus ist kein Einzelfall!

Stoppt Sexismus und Täterschutz in der Szene!

Diesen März machte eine Frau ihre Vergewaltigung durch einen Bewohner des Thommy-Weißbecker-Hauses (TWH) bekannt. Sie wurde auf dem einberufenen Hausplenum als Lügnerin hingestellt. Der Antrag einer solidarischen TWH-Bewohnerin auf sofortigen Rausschmiß des Täters wurde abgelehnt. Statt dessen wurden ihr und anderen Gewalt und Rausschmiß angedroht (s.u.). Statt sich mit oben benannter Situation auseinanderzusetzen, wurden erstmal die 25-Jahre-Jubelfeierlichkeiten von HausbewohnerInnen und SozialarbeiterInnen durchgeführt. Auch bei den danach einberufenen Plena, die auch von externen Gruppen besucht / beobachtet wurden, wurde die Kritik an dem Verhalten des TWH als nicht konstruktiv bezeichnet. Statt dessen gab es nur Rechtfertigungen (genaue Hintergrundinformationen, diverse Stellungnahmen usw. sind in einem Ordner im Papiertiger gesammelt).
Von einem feministischen Konsens in linken Strukturen kann also nicht die Rede sein. Besonders offensichtlich wird dies (wie auch hier) immer wieder am Umgang mit Vergewaltigungen bzw. den jeweiligen TäterschützerInnen.
In diesem Sinne ist das TWH kein „Einzelfall". Der vergewaltigten Frau wird die Definitionsmacht abgesprochen; sie muß detailliert berichten was „wirklich passiert ist". Auch danach wird ihr nicht geglaubt, der Vergewaltiger wird geschützt, für die TäterschützerInnen Verständnis aufgebracht. Im TWH wurden diese „typisch" patriarchalen Verhaltensmuster jedoch noch überboten: Auf der Basis eines von Faustrecht dominierten sexistischen Alltags wurde - im Bündnis von Gewalt ausübenden Männern und staatlich bezahlter Sozialarbeit - jegliche Kritik am Umgang mit der Vergewaltigung abgebügelt. BewohnerInnen, die Kritik äußerten bzw. öffentlich machten, wurden psychisch massiv unter Druck gesetzt, bedroht, körperlich attackiert und somit de facto zum Auszug gezwungen. Nach außen hin wurde das Ganze - unter Berufung auf eine „lange linke Geschichte" des Projektes - als um eine produktive Auseinandersetzung bemühte undogmatische TreberInnenarbeit verkauft.
Die im TWH praktizierte Verharmlosung sexistischer Herrschaftsstrukturen und die Angriffe gegen Leute, die diese Strukturen kritisieren, sind für uns jedoch das Gegenteil von linkem Widerstand und emanzipatorischer Politik.
Das im TWH Vorgefallene darf nicht unbeantwortet bleiben. Wir solidarisieren uns deshalb mit den Frauen und Männern, die die Vergewaltigung durch einen Bewohner und den Umgang damit im TWH benannt und öffentlich gemacht haben.
Wir haben deshalb versucht, einen Boykott gegen das TWH zu organisieren. Für einige von uns sollte das ein Druckmittel sein, um auch im TWH eine Auseinandersetzung über Sexismus und patriarchale Machtstrukturen voranzutreiben. Für andere von uns sollte dieser Boykottaufruf eine Art „Schlußstrich" sein, der definiert: Das TWH hat in linksradikalen Zusammenhängen nichts zu suchen; die Personen, die vom TWH noch nichts wissen, müssen gewarnt werden.
Inzwischen wissen *wir*: Das TWH steht in der Mitte der linksradikalen Strukturen; Desinteresse (‚Da blicke ich nicht durch'), Nicht-Verhalten, praktische Nebenwiderspruchs-Politik (‚keine Zeit'; ‚so viele andere Sachen zu tun') sind überall an der Tagesordnung. Damit schwinden aber auch die letzten Chancen, im TWH doch noch einen Prozeß der Veränderung in Gang zu setzen.
Für uns ist klar, das TWH hat *mit seiner gegenwärtigen Praxis* in linksradikalen Strukturen nichts zu suchen. Wir werden das TWH (Kneipe, Veranstaltungsraum, Sport- und Wohnetage) boykottieren.

✒ Definitionsrecht für angegriffene, vergewaltigte Frauen!

In einer von patriarchalen Machtstrukturen geprägten Gesellschaft, in der Vergewaltigung Teil dieser Strukturen ist, ist die Frage danach, was „wirklich passiert ist", immer schon gegen die benennende Frau gerichtet. Sie spricht der benennenden Frau die Definitionsmacht ab. Statt dessen fordern wir eine politisch verstandene Parteilichkeit mit der vergewaltigten Frau. Das heißt auch, von ihrem Standpunkt aus zu denken und zu handeln.

[Dazu exemplarisch zwei Zitate von dem TWH-Plenum, auf dem die vergewaltigte Frau die Vergewaltigung öffentlich machte: „Aussage steht gegen Aussage“; „kann ja jede kommen und einem einfach eine Vergewaltigung unterschieben“]

✎ Kein Täterschutz ! Sofortiger Rausschmiß von Vergewaltigern!

Minimalziel von Aktionen gegen Täter sollte sein, ihnen jegliche Form von Unterstützung und Ressourcen so weit wie möglich zu entziehen, die ihre Machtposition stützen. In diesem Sinne ist Parteilichkeit „eine politisch-praktische Haltung, die aus der Analyse und Kenntnis der Geschichte, der Hintergründe und der gesellschaftlichen Dimensionen der patriarchalen Gewalt als Grundlage des eigenen Handelns resultiert. Parteilichkeit geht demzufolge weit über die uneingeschränkte Parteinahme für die einzelne, von sexueller Gewalt betroffene Frau hinaus. Die Aufgabe der feministisch-parteilichen Arbeit ist es, das Schweigen zu brechen, die Täter, Taten und Tatorte zu benennen und öffentlich zu machen, das Ausmaß und die Gründe für die (sexuelle) Gewalt an Mädchen und Frauen aufzudecken. (...) Parteilichkeit schließt darüber hinaus die Suche nach einem vermittelnden, neutralen Standpunkt aus, da es einen solchen in Umgang und Bewertung eines Gewaltverhältnisses niemals geben kann:“ (Februar 1992, in: „Aus andere Sicht“, Wildwasser Marburg)

[Im TWH konnte gerade mal mit Ach und Krach durchgesetzt werden, daß der Vergewaltiger innerhalb von zehn Tagen gehen mußte. Exemplarisch hierzu: „Wer sagt, daß xy ein Vergewaltiger ist, kriegt Prügel !“ Gegen eine Bewohnerin, die Kritik übte: „Mistvotze“, „Wir schmeißen dich innerhalb von 24 Stunden raus und deine Sachen hinterher.“ Gegen einen Bewohner, der Kritik übte: Attacke mit Baseballschläger. Die SozialarbeiterInnen haben dafür sehr viel Verständnis und meinen, die Attackierten hätten das mit ihrer Kritik provoziert.]

✎ Öffentlichmachen von Vergewaltigung ist das Recht der unmittelbar betroffenen Frau!

Öffentlichmachen von Vergewaltigern bedeutet deren Isolation und Warnung für andere Frauen. Falls der Täter nicht öffentlich bekannt gemacht wird, dient das in erster Linie dazu, die Lebenszusammenhänge der Frauen, Lesben und sie selbst vor Männergewalt und staatlicher Repression zu schützen. Die nach einer Vergewaltigung oft zu verzeichnende Spaltung der Szene geschieht durch das Ausüben, Decken und Ignorieren von Gewalt, nicht durch die Veröffentlichung.

✎ Setzt euch endlich auseinander mit sexistischer Gewalt / Vergewaltigung in linken Zusammenhängen und eigenen Strukturen!

Auch von (bisher) Unbeteiligten oder nur mittelbar Beteiligten erwarten wir, daß sie sich positionieren und aktiv etwas gegen Täter in den eigenen Reihen unternehmen und sie nicht durch Nicht-Verhalten oder Desinteresse schützen.

[Obwohl das TWH bisher eher am Rande linker Zusammenhänge stand, wurde es doch von den meisten als irgendwie dazugehörig wahrgenommen. Ein Großteil der gemischtgeschlechtlichen Polit-Szene hat sich zum TWH (bisher) nicht verhalten. Diskutiert also dieses Papier in euren Gruppen und Strukturen.]

Vergewaltigung ist kein Einzelfall und keine Privatsache!

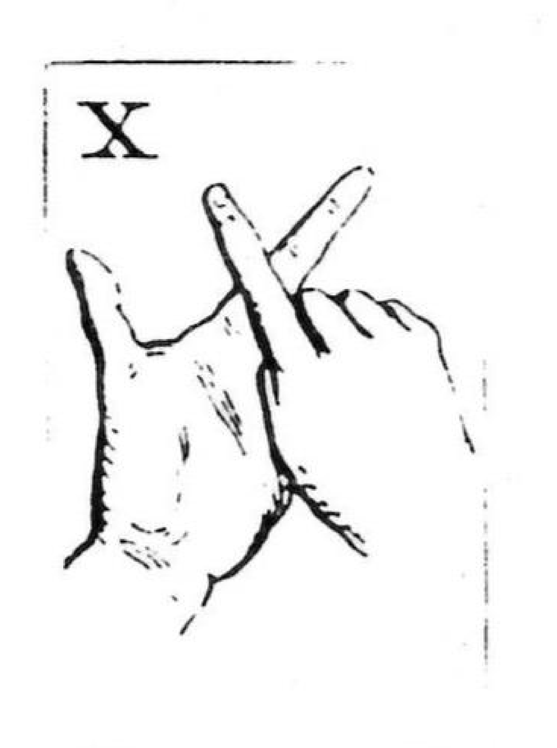
Einige Berliner Gruppen

Ein paar weitere Überlegungen zu Behle (Interim-Sonderheft März 98)

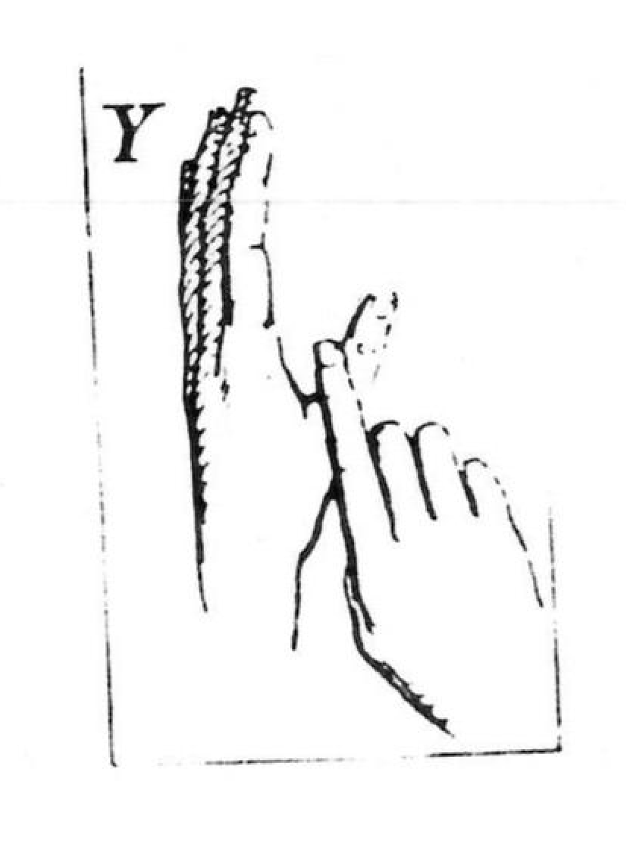


Wir fangen damit an, warum es unserer Meinung nach keine (schnellere) Reaktion auf den Text gegeben hat, dann folgen die wichtigsten Kritikpunkte (positive wie negative).

Zunächst: der Text ist sehr lang und teilweise elitär, es ist abschreckend, sich durchzuwühlen. Aber dann: der Text beinhaltet nicht nur Kritik an der Gesellschaft an sich, sondern auch Selbstkritik an uns, den Autonomen. Die kritisierte Unlust, Unfähigkeit und Unwillen gibt es nicht nur in der ganz normalen Bevölkerung, sondern auch bei uns, oder kurz: Faulheit, sich auseinanderzusetzen. Ein weiterer möglicher Grund für Nicht-Auseinandersetzung: es ist ein Umschalten im Denken nötig, wenn wir Fridolin folgen. Das kann Barrieren verursachen. (Ein Beispiel: statt Aktionen gegen Shell zu machen, wird gegen die Leute agiert, die bei Shell tanken.) Das kann auch einen Bruch mit der Gesellschaft bedeuten. Da kommt Skepsis hoch, ob man da wirklich mitmachen möchte, oder doch lieber festhält an dem, was man hat. Und noch ein Grund: Fridolins Konzept ist sehr kompakt. Da kann so etwas wie Angst hochkommen, etwas zu vergessen. Und die Effektivität und Richtigkeit der Aktionen ist schwer zu überblicken. Wir sind nicht daran gewöhnt, eine Kampagne in so vielen Zwischenschritten genau zu planen. Zuletzt sei noch ein möglicher Grund genannt: wir brauchen keinen Lehrer, der uns erzählt, wie es gemacht werden muß; schließlich können wir selber denken (die Abscheu vor vorgegebenen Mustern). ABER: das kann nur ein vorgeschobenes Alibi dafür sein, nichts zu machen, denn was es oft zu hören gibt, ist Nachgeplapper von P.C.-Wahrheiten, und was es oft zu sehen gibt, ist die Scheißegal-Haltung.



Zur Kritik: Punkt 1: Fridolin unterscheidet zwischen Aktionsgruppe und Erklärungsgruppe, "legalem" und "illegalem" Arm. Schon beim ersten Lesen des Textes ist aufgefallen, daß er eine Unterscheidung macht, die der Staatsschutz sicherlich nicht machen würde. Um so wichtiger, da sehr genau mit umzugehen! Erklärung und Vermittlung von Aktionen ist das Wichtigste bei allen Konzepten, ob es darum geht, multinationale Konzerne und das Großkapital anzugreifen, oder die Bevölkerung als Mitverantwortliche für die bestehenden Herrschaftsstrukturen. Bei Angriffen gegen letztere ist auch zu berücksichtigen, daß die einsetzende Repressionsspirale dann nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch von der Bevölkerung mit hochgeschraubt wird.



Punkt 2: Um den nächsten Kritikpunkt zu veranschaulichen, wird eine mögliche Reaktion auf Aktionen, die in das Konzept eingebunden sind, vorweggenommen: "Wie kann jemand etwas Gutes vorhaben, der Menschen angreift, die sich nicht anders verhalten können?" Denn durch die relative Beliebigkeit, mit der Menschen zum Angriffsziel von Aktionen werden können, können diese sich aus der Verantwortung ziehen, und sich hinter der Masse verschanzen: "Ich kann nicht anders; alle machen das doch so; was nützt es, wenn sich eineR anders verhält?" Doch weiter: es geht ja um das Erreichen eines aufgeschlossenen Nahumfeldes. Aber wie kann bei der augenscheinlichen Beliebigkeit Sympathie erzeugt werden? (Es kann zu einer Anti-Reaktion kommen.)



Zur Verdeutlichung eine Gegenüberstellung zweier Theorien. Laut den radikaleren Sozialisten werden die Lebensbedingungen der Menschen durch den Kapitalismus immer schlechter. Dagegen müssen sich die Menschen wehren. (Verelendungstheorie) (Die Kapitalisten werden es allerdings nie so richtig schlecht werden lassen, hier im Westen.) Fridolins Theorie kann so aufgefaßt werden: <u>wir</u> müssen die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern. Sie werden deshalb angegriffen, weil es einem großen Teil der Bevölkerung schlecht geht, und sie dafür mitverantwortlich sind. Es sind nicht nur die "Großkapitalisten" verantwortlich, sondern die ganze Bevölkerung wird zur Rechenschaft gezogen. Kann das Anziehungskraft auf ein "aufgeschlossenes Nahumfeld" haben? Vielleicht werden Menschen durch diese Botschaft noch weniger angesprochen als durch die aus der sozialistischen Ecke. (Nur, daß sie dadurch, daß sie selber betroffen sind -weil sie Angriffsziel sind-, diese nicht so schnell verdrängen können.) Die Gefahr liegt auch darin, daß wir uns mit Fridolin elitär über den Rest der Gesellschaft stellen, indem wir für andere denken, und daß unsere Aktionen zu "Straf-Expeditionen" werden. Wir stehen der Erwartung, daß die Bewegung dadurch wachsen wird, mit Skepsis gegenüber.



Punkt 3: Die Frage ist schon in der Interim 450 thematisiert worden: Können wir eine Instrumentalisierung von Menschen vertreten? Einer unserer Wünsche ist es, mit Menschen zusammenzuleben, die selber denken können. Darum ist das Ziel von unseren Aktionen auch nicht, unsere Ideen durchzusetzen, sonder daß alle Menschen selber nachdenken. Zu der Kritik aus der Interim 454: Es wurde die Frage gestellt, wo die Grenze liegt, welche Personen wir angreifen. Der Behle-Text kann kein Vordruck für Aktionen sein! Es geht um die eigenen Beweggründe, die eigenen Grenzen.

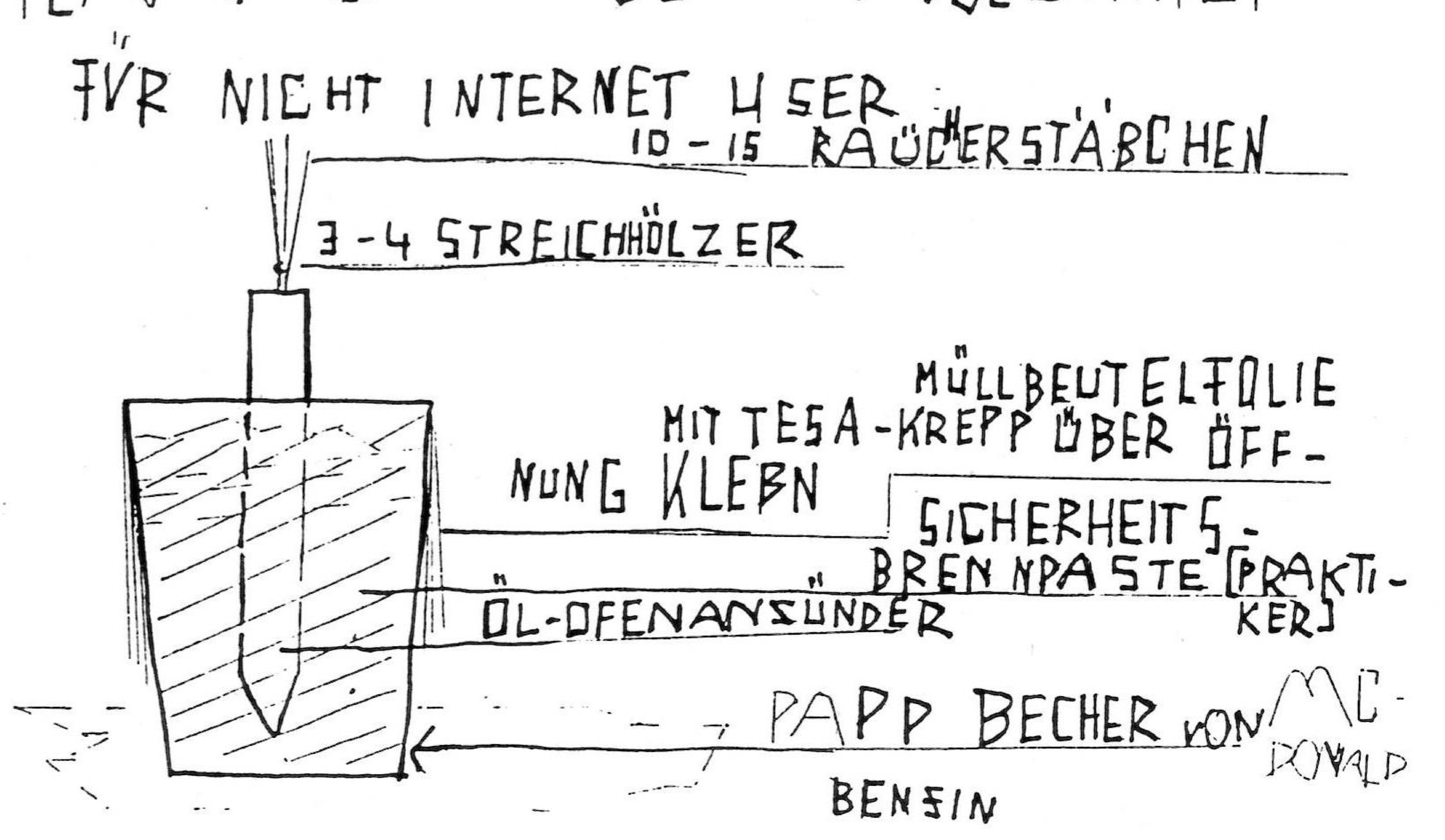
Punkt 4: Direkte Aktionen gegen die Bevölkerung bedeuten einen totalen Bruch mit dieser. Damit wird jede Möglichkeit verweigert, vielleicht doch noch einen Platz im Schoße derselben zu finden. Daran schließt sich die Frage an, ob der Bruch zum einen tatsächlich möglich, zum anderen notwendig ist. Aber ein Bruch ist ganz sicher notwendig, nämlich der mit den grundsätzlichen Prinzipien unserer Gesellschaft: Hierarchie, Leistung, Konsumdenken.

Der erste Einwand von xyz aus der Interim 454 ("emotional") hat mit dem zu tun, was wir gerade

ausgeführt haben: es muß zu einem Bruch mit der Gesellschaft kommen, ansonsten gibt es eben diese emotionalen Schwierigkeiten.
Ein weiteres Bedenken von xyz betrifft den inflationären Gebrauch von Militanz. Wir finden nicht, daß Militanz inflationär oder beliebig gebraucht wird. Jeder einzelne Einsatz von militanten Mitteln wird genau durchdacht, und der Einsatz von Militanz gegen beliebige Teile der Bevölkerung ist auf dem niedrigsten Level angesiedelt, gerade so, daß ein nachhaltiger Eindruck hinterlassen wird (vgl. auch die Definition von Militanz bei Fridolin).
Punkt 5: Ein letzter Kritikpunkt betrifft das Übertragen eines Konzeptes, in dem eine große Anzahl Menschen eingebunden wird, in eine Gegend, in der nicht so viele Menschen mobilisiert werden können. Zunächst hatten wir den Eindruck, daß es illusionär ist, in der "Provinz" überhaupt an die Umsetzung eines solchen Konzeptes zu denken. Jedoch möchten wir noch einmal betonen: es kommt auf die Prinzipien und die dahinter stehenden Überlegungen an, nicht darauf, ein Konzept nachzuahmen.
Wir möchten diese Überlegungen abschließen mit den Aspekten des Konzeptes, die wir positiv finden. Vor allem -und immer wieder- ist das Aufzeigen der Vielfalt von möglichen Wiederstandsformen sehr gut, und die Einbindung dieser Vielfalt in ein Konzept, in dem sich die verschiedenen Aktionsformen gegenseitig ergänzen. Weiterhin werden konkrete Perspektiven von Widerstand aufgezeigt; anhand einzelner Kampagnen werden verschiedene Unterdrückungsmechanismen transparent und damit angreifbar.

KAMPF DER ATOMMAFIA
DB ANGREIFEN
CASTOR NIX

VIELEN DANK FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG DER ZÜNDERBAUWEISE IM INTERNET, ZU DEM ANSCHLAG AUF CASTOR-HERSTELLER IN MÜHLHEIM! MIT DER GLEICHEN TECHNIK HABEN WIR AM 4.8.98 DEN NEUBAU DER ARGE-TRANSPORT BETON DER ICE-TRASSE KÖLN BEI WINDHAGEN EINEN FLAMMENDEN BESUCH ABGESTATTET



Anti-Atom-Aktionstage im September

Fast jedes Flugblatt, das irgendwie mit der Anti-Atom-Bewegung zu tun hat, beginnt momentan mit der Phrase: "Wenn der CASTOR-Skandal etwas gezeigt hat, dann...", meist gefolgt von missionarisch anmutenden Ausführungen über die ach so mangelnde »Sicherheit« von Castoren und der Atomkraft im Allgemeinen. Abgesehen davon, dass so eine Argumentation vielleicht kurz nach Bekanntwerden der Grenzwertüberschreitungen noch Sinn gehabt haben könnte (obwohl die, die es hören wollen, es nun wirklich langsam wissen), fehlt hier völlig die Auseinandersetzung mit dem Umstand, daß die Atommafia diese Krise zum Teil bewußt provoziert hat, um anhand der Reaktionen der Öffentlichkeit ihre Zukunftsplanungen zu optimieren.

Aber manche Wahrheiten müssen wohl immer wieder erzählt werden, so auch diese:

Ein Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht wählbar!



Militanter Trachtenverein bei der traditionellen Schienenpolonaise

Der Wind um den »Castor-Skandal« hat sich längst gelegt und die AKW-Betreiberfirmen erklären nun wieder offen, sie wüßten nicht, warum sie noch länger auf Castor-Transporte verzichten sollten. Derweil werden die Konturen des rot-grünen Atomkonsenses immer deutlicher: Durch "dezentrale Zwischenlager" an ausgesuchten AKW-Standorten sollen die unbeliebten Castor-Transporte vermieden werden, um so die Laufzeit der Reaktoren für bis zu 40 Jahre zu sichern (dabei haben selbst die Betreiber anfangs nur mit 25 Jahren gerechnet). Und als Zuckerl für die rot-grünen »Atomkraftgegner« werden in den nächsten Jahren maximal sechs eh nicht mehr ganz profitable Reaktoren abgeschaltet. Es bleibt dabei: **Konsens ist Nonsens!**

Das Ziel von Schröder und Trittin ist es, die Frage der "Entsorgung" vom Betrieb der Atomanlagen völlig zu entkoppeln, um politischen Spielraum zurückzugewinnen. Einen Ausstieg soll es auf keinen Fall geben, dennoch muß selbst das Deutsche Atomforum einsehen, daß es mit Neubauten von AKWs in der BRD wohl erstmal nichts wird. Also gilt es, diese ebenfalls unnötig zu machen. Die Entwicklung neuer Reaktorserien wird weiterhin stark von der BRD subventioniert und die EU mulitpliziert die Zahl potentieller AKW-Standorte, an denen auch deutsche Konzerne verdienen (können). Die Technik, die sich hier nicht mehr vermarkten läßt, kann ideal nach (Süd-)Osten (Tschechien, Ukraine, Türkei, etc.) verscherbelt werden. Die Liberalisierung der internationalen Energiemärkte tut ihr übriges dazu, daß nicht nur Kraftwerks-, sondern auch Energieproduzenten bald immer mehr auch international Profite absaugen können.

Was hat dies alles jetzt mit den **Aktionstagen** zu tun? Auf einer Sonderkonferenz der Anti-Atom-Bewegung im Juli wurde für den September ein bundesweiter Aktionstag beschlossen. Dieser suggeriert weniger Nähe zum bis dahin sicherlich gänzlich im schwarzen Sommerloch verschwundenen »Castor-Skandal«, als zur kurz darauf später stattfindenden Bundestagswahl. Das - wenn auch nicht offen erklärte - Ziel ist es scheinbar, der potentiellen neuen Regierung "Druck von der Straße" zu machen. Gegen diesen ist erstmal nicht einzuwenden, doch sollte er nicht in der fatalen Hoffnung enden, nach dem 27. September würde irgend etwas anders. Erinnert sei hier nur an eine Aktion im Juni 1990, als Gerhard Schröder die Regierung in Niedersachsen übernahm: Um ihn daran zu erinnern, daß im Wahlprogramm ja auch irgendwas gegen Atomkraft steht, wurde das »Endlager« in Gorleben besetzt. Der Erfolg war durchschlagend: Die BesetzerInnen sollen 120.000 DM bezahlen, die Atomanlagen in Niedersachsen

wurden weiter ausgebaut und Herr Schröder darf sich demnächst wahrscheinlich auch noch persönlich um die restlichen Atomanlagen in der BRD kümmern.
Aber genug gemeckert, schließlich soll dieser Text ja zu den Aktionstagen **mobilisieren**: Vom 10. bis 19. September soll an vier unterschiedlichen Atom-Standorten in der BRD auf verschiedene Weise protestiert werden. Die Mischung soll dabei zeigen, daß es gerade keine Reduktion der Atomkraft auf die Entsorgungsfrage geben kann.



Streckenbeauftragte des Eisenbahnbundesamtes bei der Gleisuntersuchung

Vom 10. bis 13. September soll es am in Lubmin bei **Greifswald** ein Aktionswochenende geben. In Lubmin, schon zu DDR Zeiten ein »Atomic Park«, wurde kürzlich das »Zwischenlager Nord« eingeweiht. Dies soll spätestens 1999 durch einen Castor-Transport aus dem abzureißenden AKW Rheinsberg eingeweiht werden und dann systematisch zur Lagerstätte für schwach-, mittel- und hochradioaktiven Müll dienen. Zudem gibt es hier handfeste Planungen für neue Reaktortypen, kurz ein neuer Atompark ist im Entstehen. Das Camp soll ausloten, welche Möglichkeiten zum Widerstand es, gerade auch für den Rheinsberg-Transport, vor Ort gibt.
Am 12. **September** soll es am **AKW Stade** bei Hamburg Demo und Aktionen geben. Der uralte Schrottreaktor (Betriebsbeginn 1972) zeigt auf besondere Weise, wie angewiesen die Betreiber auf die zumindest formale »Entsorgung« des Atommülls sind: Die kraftwerksinternen Kapazitäten für abgebrannte Brennelemente sind ausgelastet und wenn es nicht bis Ende des Jahres einen Abtransport (vermutlich nach La Hague) gibt, muß das AKW vom Netz genommen werden. Das AKW Stade zählt mit zu Schröders Ausstiegskandidaten.
Am 12. **und** 13. **September** soll es in **Saarbrücken** einen Sternmarsch und verschiedene Aktionen auf den Schienen geben. Durch das Saarland laufen zwei Bahnstrecken, die die Standardrouten für die Brennelement-Transporte von deutschen AKW zu den Plutoniumfabriken La Hague (F) und Sellafield (GB) sind. An diesen Strecken sollen eventuell demnächst wieder Stattfindende Transporte massiv behindert werden, die Aktionstage sollen ein warm-up werden.
Während die drei ersten Aktionen sich direkt oder indirekt auf die Entsorgungsfrage beziehen, liegt der Schwerpunkt beim vierten Aktionsort woanders: In **Gronau** (an der Grenze zu den Niederlanden) befindet sich die einzige Urananreicherungsanlage (UAA) in der BRD. Hier wird also der Stoff produziert, der später in den AKW zum Einsatz kommt und danach als Müll abgestellt wird. Das Ziel ist, darauf hinzuweisen, daß es vor allem auch einer Versorgung der AKW mit Uran bedarf, um das Atomprogramm am laufen zu halten. Dazu sind wiederum Atomtransporte notwendig, wie es sie von und nach Gronau massenhaft gibt. Vom **14. bis 19. September** soll es in Gronau ein Camp und verschiedene Aktionen geben, u.a. mit dem Ziel, die UAA-Transporte zu ver- bzw. behindern.
Die Versorgung, d.h. der Uranabbau, die Anreicherung und Verarbeitung des Urans bis hin zur Brennelementfabrikation, die im 30 km entfernten Lingen stattfindet, bieten einen Angriffspunkt des Atomprogramms, der noch sensibler ist, als alle anderen. Der Nachschub muß fließen, eine Entkoppelung des Betriebs von der Versorgung ist nicht möglich (anders als beim Müll, den man einfach in eine Betonhalle stellen kann).
Die Aktionen in Gronau werden auch von der **NIX mehr Kampagne gegen Atomtransporte** mitgetragen, die es sich zum Ziel gemacht hat, den Widerstand gegen das Atomprogramm räumlich und inhaltlich auszudehnen und - zumindest potentiell - jede erdenkliche Art von Atomtransporten, egal ob Uran, mittel-, oder hochradioaktiver Müll, zum Angriffsziel zu machen. Informationen über verschiedenste Atomtransporte gibt es beim bundesweiten **NIX mehr Infotelefon** unter der Nummer **030 - 261 98 12**.

NIX mehr
Infotelefon
030-261 98 12

Ein **zweiter Teil** dieses Textes mit genauen Infos zur Urananreicherungsanlage Gronau und den geplanten Aktionen folgt in einer der **nächsten Ausgaben** dieses Blättchens...

DZA (Dritter Zehnter Achtundneunzig)

c/o AStA Uni Hannover•Welfengarten 2c•30167 Hannover

Liebe Genossinnen und Genossen, Freunde und Freundinnen,

zur Vorbereitung von Gegenaktivitäten zum Nationalfeiertag hatte sich vor längerer Zeit ein Bündnis *gemischter* Zusammenhänge (D.Z.A.) in Hannover zusammengefunden.

Aufgrund mangelnden allgemeinen Interesses und annähernd **NULL RESONANZ** auf unsere Arbeit haben wir beschlossen, selbige mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Wir haben in den letzten Monaten eine theoretische Grundlage, einen daraus resultierenden Flugblattentwurf und konkrete Aktionen diskutiert bzw. erarbeitet.
Während dieser Zeit kristallisierte sich heraus, daß unsere Planungen in Hannover in keinster Form unterstützt, geschweige denn mitgetragen werden.

Daraus mußten wir die Konsequenzen ziehen:

Es ist politisch unverantwortlich, einen bundesweiten Aktionstag in einer Stadt zu organisieren, in der sich weite Teile der linksradikalen Szene weder logistisch noch inhaltlich in der Lage sehen oder bereit sind, diesen mitzutragen und zu unterstützen.
Ferner ist das Bündnis personell nicht in der Lage, eine derartige Mobilisierung zu tragen.

Politisch verantwortlich dagegen finden wir, unser Material zur Verfügung zu stellen.
Wir sind der Ansicht, daß auch ohne Aktionen in Hannover über Nationalismus bzw. die Frage, warum Linksradikale zum 3. Oktober aktiv werden sollten, diskutiert werden muß.

Diese Absage gilt ausdrücklich nur für Aktionen von *gemischten* Zusammenhängen.

Es gibt eine bundesweite FrauenLesben-Mobilisierung. FrauenLesben(-Gruppen), die am 3. Oktober nach Hannover fahren wollen, sind eingeladen, sich mit der FrauenLesben-Vorbereitungsgruppe in Verbindung zu setzen:

FrauenLesben zum 3.10.,
c/o FrauenLesben in der Korn,
c/o Infoladen Korn,
Kornstr. 28/30,
30167 Hannover.

Darüberhinaus gibt es Aktivitäten von *einzelnen gemischten* Gruppen:

3.10.: Volxküche, ab frühem Nachmittag, Sturmglocke, Sprengelgelände (Nordstadt)
4.10.: Antinationaler Kongreß, Faust, Zur Bettfedernfabrik (Linden)

DZA **i.A.**, im August 1998

2. bundesw. FrauenLesben-Vorbereitungstreffen z. 3.10.
am 6. Sept. um 12 Uhr in der Korn in Hannover, Kornstraße 28-30

Christel Fröhlich: seit mehr als 29 Monaten in Untersuchungshaft

Am 28.10.1995 in Rom festgenommen, am 21.11.1996 nach Frankreich ausgeliefert, sitzt Christel Fröhlich seitdem in Untersuchungshaft im Frauengefängnis Fleury-Merogis bei Paris. Mit dem Beginn des Prozesses wird nicht vor Ende 1999 gerechnet!
Soweit die Fakten...

Die Beschuldigungen der französischen Justiz basieren auf einem Doppelkonstrukt: Zum einen soll Christel das Auto gemietet haben, das im April 1982 in der Rue Marbeuf in Paris vor einer arabischen Zeitung explodierte.
Zum anderen wird dieser Anschlag von den französischen Ermittlungsbehörden einer „Gruppe Carlos" zugeordnet, folglich soll Christel dieser „terroristischen Vereinigung" angehört haben.

Nun könnte man sich fragen, ob da eine Art Euro-FBI auf den Plan getreten ist. Gegen Christel wurde bereits hier in der Bundesrepublik in gleicher Sache ermittelt. Doch ohne Erfolg - die Ermittlungen wurden eingestellt. Die Behörden hatten nichts in der Hand, um sie weiter zu verfolgen.

So gaben sie anderen die Gelegenheit, Christel zu verhaften. Dies geschah, als sie ihren Mann im italienischen Gefängnis Rebibbia bei Rom besuchte. Italienische Polizisten nahmen sie im Auftrag der französischen Behörden fest.

Dank dieser deutsch-italienisch-französischen Arbeitsteilung konnte das bisher noch im Grundgesetz verankerte Recht umgangen werden, dass deutsche Staatsangehörige nicht ausgeliefert werden können.

Seitdem Christel in französischer Untersuchungshaft ist, führt der zuständige Untersuchungsrichter Brugiére halbjährlich eine Haftprüfung durch, die letzte fand im Mai diesen Jahres statt. Die Begründungen für die weitere Inhaftierung sind immer die gleichen: es bestehe Verdunklungs- und Fluchtgefahr, bei Freilassung läge aufgrund der Schwere der Vergehen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung vor. Ein weiterer Grund: „ ..., dass sie (Christel Fröhlich) sich bei zweimaliger Befragung hartnäckig weigerte, auf die ihr gestellten Fragen zu antworten." (Ablehnungsbeschluss der Haftprüfung vom 20.5.1997). Christel bleibt also weiter in U-Haft.

In Frankreich gibt es keine gesetzliche Regelung für die Dauer der Untersuchungshaft. Die französischen Behörden mussten sich diesbezüglich schon häufiger Kritik vom Europäischen Gerichtshif anhören. Die lange U-Haft gilt nicht nur in politischen Prozessen, sondern ist durchaus üblich in Frankreich.

Christel hat bei der letzten Haftprüfung eine Erklärung abgegeben, mit der sie sich gegen das Doppelkonstrukt wendet und ihre Geschichte als Teil der internationalistischen revolutionären Linken hervorhebt:
„Ich übernehme für meine politische und persönliche Vergangenheit die Verantwortung, ich lehne es aber ab, vor der französischen Justiz Rechenschaft abzulegen. Für die mir jetzt konkret vorgeworfene Tat lehne ich die Verantwortung persönlich und politisch ab."

Die Verhaftung von Christel reiht sich ein in die „Aufräumarbeit" von Staat und Justiz, die in fast allen Ländern stattfindet, in denen die revolutionäre Linke eine gesellschaftliche Rolle spielte.

Man muss daran erinnern, dass internationale Kontakte unter linken Gruppen in den 70er Jahren eine politische Notwendigkeit waren; doch diese Erinnerung scheint für viele ehemalige Linke traumatisch zu seine, könnte sie doch den Weg zurück in die bürgerlichen Kreise stören.

Und es gilt der alte Satz:
Solidarität ist eine Waffe!

Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich
c/o Annabee Buchladen GmbH
Gerberstr.6
30169 Hannover

Weiterhin brauchen wir eure Solidarität und euer Geld: Spendenkonto:

Willms
Kto.: 324 371 96 • BLZ.: 250 501 80
Stadtsparkasse Hannover

Kein Mensch ist illegal, aber ist damit auch die Politik scheißegal?

"Reden, auch wenn wir nicht gefragt sind"
Titelslogan der Kampagnenzeitung "kein Mensch ist illegal", Nr. 2 vom Juni 1998

Ende Juli fand im Rahmen der überregionalen Kampagne "Kein Mensch ist illegal" für etwas über eine Woche ein antirassistisches Aktionscamp in Rothenburg an der Neiße-Grenze zu Polen statt. Daran nahmen zwischen 150-200 Leute Teil: eine bunte Mischung von Pro-Asyl-MenschenrechtlerInnen, KampagnenaktivistInnen, Jung-, Alt- Ex-Autonomen und Ost-Antifas. Wir brauchen in diesem Beitrag auch deshalb keine Aktionschronologie zu schreiben, da sie weitgehend aus dem beigefügten - allerdings mit einem irreführenden Titel veröffentlichten - Artikel in der Jungle World (JuWo) entnommen werden kann. Darüber hinaus wollen wir uns an bei den nicht sehr zahlreichen Camp-OrganisatorInnen für das mühsame wie arbeitsreiche Hinstellen einer halbwegs funktionierenden Camp-Basis-Struktur, bestehend aus Dixi-Toiletten, Zelten, Wasserversorgung, Funken, Futterversorgung und noch einiges andere mehr bedanken. Ohne selbst einen Handschlag dafür selber zu tun, haben wir sie in aller Selbstverständlichkeit in Anspruch genommen und es uns darin so bequem als irgend möglich gemacht. Doch genug der höflichen Form: wir wollen uns gleich, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, auf ein paar uns tatsächlich politisch interessierenden Fragen konzentrieren.

1. Provokationseffekt eines aktivistischen Anti-Ra-Camps

"Geh' doch nach Russland!"
Spontane Reaktion eines Görlitzers auf die freundliche Aufforderung, sich an der Anti-Ra-Demo zu beteiligen[1]

Von den KampagneninitiatorInnen wurde als ein Ziel des Sommercamps die Absicht formuliert, das Grenzregime am Rande der EU- und Schengenstaaten mit vielfältigen Aktivitäten, wenn nicht ins Wanken, so zumindest zur Sprache zu bringen."[2] Es ging also in diesem provinziellen Raum darum, mit Hilfe von Protesten der unterschiedlichsten Art so etwas wie Öffentlichkeit herzustellen. Und zwar über die vom Bundesgrenzschutz (BGS) engagiert in einem "Denunziationsbündnis" mit Teilen der ansässigen Bevölkerung scheinbar "normal" erscheinende Menschenjagd-Praxis an derjenigen Grenze, die über die größte Polizeidichte in Europa verfügt.[3]
Das Ziel "Öffentlichkeit zu schaffen" stellte sich auch relativ schnell in Folge von ein paar, vermutlich von TeilnehmerInnen des vorangegangenen Frauen-Camps an einigen Görlitzer Häuserwänden angebrachten schönen Anti-Ra-Graffitis ein: Ortsansässige Rassisten machten darob ihrem Haß sofort Luft und verfaßten mit unbezweifelbar ehrlichem faschistischen Geifer Leserbriefe an die Lokalzeitung. Der in der Region spürbar gegen die Idee von "Kein Rassismus" ansteigende Hetzpegel sorgte dann auch dafür, daß lange Zeit unsicher war, ob das Camp stattfinden konnte, weil der Vermieter versuchte, den bereits angemieteten Campingplatz wieder zurückzuziehen. Schließlich mußte er unter Hinweis auf die Bestimmungen des bürgerlichen Vertragsrechtes zur Räson gebracht werden. Wie sehr die Existenz des Camps in der regionalen Bevölkerung die Runde machte wird auch an einer Äußerung des Bürgermeisters der Stadt Rothenburg deutlich, die dieser anläßlich der Eröffnung des alljährlich großen Rummels in der Stadt machte. Unter Hinweis auf das Camp warnte er die Bevölkerung vor den AktivistInnen von "Kein Mensch ist illegal", die möglicherweise kommen könnten "um zu diskutieren". Als Taktik gegen dieser schlimmen Gefahr schlug der Bürgermeister den Rummel-BesucherInnen vor, eventuelle Diskussionsattacken dann doch "einfach zu ignorieren". Kurz und gut: Allein die Absicht, ein antirassistisches Camp ausgerechnet in einer Region durchzuführen, in der praktizierter Rassismus so alltäglich geworden ist, daß er als das "normalste von der Welt" erscheint, konnte auf ein großen Provokationseffekt rechnen, der dann mit einer Fülle von oftmals nicht polizeilich angemeldeten Happenings noch gesteigert wurde. Egal wie man die ohnehin begrenzten Wirkungen derartiger Aktivitäten einschätzen mag, allein die durch das Camp gegebene öffentliche Sichtbarkeit eines Widerspruches störte die in dieser Region mühsam vom BGS und seinen vielen ortsansässigen Freunden und Helfern hergestellte Normalität eines alltäglichen obszönen Tuns.
In dem Camp selber war es wirklich beeindruckend mitzubekommen, wie nicht nur in den Diskussionen über "Schutz vor Faschos" auf den Camp-Plena das Bedürfnis nach "Sicherheit" bei manchen Camp-TeilnehmerInnen analog zu dem in der Bevölkerung unendlich zu sein schien, und wie sich irgendwie dennoch aus dem unübersichtlichen Camp-Chaos-Gewusel immer wieder Leute zusammenfanden, um "etwas auf die Beine zu stellen". In diesem Sinne wäre dem JuWo-Artikel noch nachzutragen, daß das "Kein Mensch ist Illegal"-Fahrrad-Team mit Witz, Überraschung und ungedopter Aktionsphantasie an der 1. Etappe der 14. Sachsen-Tour '98 am Dienstag in Görlitz teilgenommen hat. Das Anti-Ra-Team überquerte zum sprachlosen Staunen der anwesenden ZuschauerrerInnen weit vor allen anderen 21 Teams siegreich die mit Sponsoren und öligen Moderatoren zugepflasterte Ziellinie. Es stimmt noch immer: Was unbezahlten Aktivismus und Aktionstechnologie angeht, kann Autonomen in dieser Gesellschaft niemand so schnell das Wasser reichen. Soweit so lustig. Doch damit fangen auch schon unsere ersten Probleme mit dem weitgehend durch Orga-Kram und Aktivismus dominierten Camps an. Und um die ungefähre Richtung unseres Unbehagens schon einmal anzugeben, zitieren wir einfach aus der zu diesem Camp mobilisierenden, u.a. via TAZ breit gestreuten Kampagnenzeitung. Dort wurde von zwei Gruppen aus Hanau und München u. a. der Anspruch formuliert, daß die Kampagne "nicht repräsentieren, sondern Auseinandersetzungen anzetteln" wolle. "Unmittelbarer Handlungsdruck (dürfe) nicht zum Ausblenden perspektivischer Fragestellungen führen. Weitergehende Fragen und zum Teil widersprüchliche Positionen wie beispielsweise zum illegalen Arbeitsmarkt wurden

---

[1] Die richtige Antwort auf diesen Tip lautet: "Wieso, wir sind hier doch schon in Russland!"
[2] Kampagnenzeitung "Kein Mensch ist illegal", Nr. 2, Juni '98, S. 3
[3] Über die Bedeutung und den aktuellen Funktionswandel des BGS nicht nur an der 'Ostgrenze' hat Helmut Dietrich eine materialreiche Abhandlung unter dem Titel: "Feindbild 'Illegale'. Eine Skizze zu Sozialtechnik und Grenzregime" in der Zeitschrift Mittelweg 36, Juni/Juli 1998, S. 4-25 verfaßt

bislang nur wenig diskutiert."[4] Das ist in mehr als vernünftiger Anspruch, finden wir. Wurde er aber durch das Camp auch eingelöst? Wir meinen 'Nein', und nicht nur das, sondern auch was es bedeutet, wollen wir anhand von ein paar Beispielen illustrieren.

2. Die Grenzen einer "offenen Abendveranstaltung" in Görlitz und auch anderswo

"Allen, die unsere schöne Stadt noch nicht kennen, wünsche ich, daß sie diese kennenlernen, sich in ihr wohlfühlen und auch in Zukunft oft ihre Besucher sein werden."

Der Görlitzer Bürgermeister Prof. Dr. R. Karbaum

Am Dienstag wurde in Görlitz eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema: "Menschenschmuggel? Fluchthilfe! Denunziation? Keine Kooperation mit den Behörden!" durchgeführt. Diese Veranstaltung sollte hauptsächlich dazu dienen, Einwohnern aus der Region einen einfachen Zugang zu dem mit dem Camp geltend gemachten politischen Anliegen zu eröffnen. Aus diesem Grunde hatten sich die VeranstalterInnen auch die Zusage des örtlichen SPD-Bürgermeisters erschlichen, dort bitte ein "Grußwort" zu sprechen. Doch weder der, noch sonstige Görlitzer mochten den Weg in den hübsch renovierten Bürgersaal finden. Das gibt doch eigentlich zu denken. So begann die Podiumsveranstaltung im Beisein der fast vollständig anwesenden knapp 200 Camp-TeilnehmerInnen. Als erstes wurde die VeranstaltungsteilnehmerInnen mit einem Film- und dem Dia-Referat einer "Soziologin" über die Praxis der Fluchthilfe aus Nazi-Deutschland und aus der DDR unterrichtet. Durch diesen Beitrag wurde neben vielen Informationen deutlich, daß "Fluchthelfer" eigentlich ganz o.k. sind und sogar in der früheren West-BRD als richtige "Freiheitshelden" gefeiert wurden, die man allerdings als Fluchtwilliger mit ca. 15.000 DM alimentieren mußte. Demhingegen werden die "Fluchthelfer" von heute vielleicht auch deshalb schlecht gemacht, weil sie oftmals nur noch 1.000 DM für die Hilfe bei der Überquerung der Ostgrenze Richtung BRD verlangen. Danach schilderte eine Frau aus Erfurt ihr Schicksal als kriminalisierte Fluchthelferin von in der BRD von Abschiebung bedrohten Exilanten, und erklärte am Schluß unter großem Beifall, daß sie sich auch in Zukunft von einem derartigen Tun nicht abhalten lassen werde. In dem darauf folgenden Beitrag stellte eine Aktivistin die Arbeit und die damit zusammenhängenden Probleme einer antirassistischen Gruppe in Zittau dar, worauf sich als letzter Beitrag der Bericht eines Pfarrers aus Hamburg-St. Pauli über das seit mehrere Monate anhaltende Kirchenasyl einer Gruppe von kurdischen Flüchtlingen in seiner Kirche anschloß. Selbstverständlich erhielten auch diese Referate vom Publikum Beifall und wurde vielleicht auch dafür nun von der Diskussionsleiterin zur "offenen Diskussion" aufgefordert. Doch was hätte man nun diskutieren sollen? Schließlich setzt ja allein der Begriff der "Diskussion" mindestens zwei voneinander abweichende Standpunkte voraus. Solche waren aber nun vom Podium herab nicht formuliert worden. Und auch im Publikum gab es niemanden, der zu den von den ReferentInnen dargestellten vielen praktischen Beispielen der ehrbaren Flüchtlingsunterstützung öffentlich einen Widerspruch formulieren wollte. Ob wohl die VeranstaltungsinitiatorInnen geglaubt haben, daß die Aufgabe des Widerspruches von den Görlitzern hätte eingenommen werden sollen, die ja nun bekanntlich gar nicht erst kamen? So war die Diskussion auf dieser Veranstaltung, die ja hinsichtlich der ReferentInnen fast gänzlich im alten Betroffenheits-Repräsentationsmodell der 70er Jahre angelegt war, im Grunde genommen auch schon zu ende, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Die Weigerung fast aller Anwesenden (wohl nicht nur) im Saale, über das was sie wollen und tun gerade im Zusammenhang mit Politik zu sprechen, war körperlich spürbar. Doch mit den allseits bekundeten guten Absichten ist das Politische glücklicherweise noch lange nicht aus dem Raum. Um ein zu frühzeitiges Ende eben jener Veranstaltung zu vermeiden, wurde von einer Podiumsteilnehmerin an möglicherweise ja dennoch anwesende Leute ausgerechnet aus Görlitz eine Frage gestellt. Gleichsam als sei man selber zu dumm dafür, diese Frage zu reflektieren, ging es darum, nun von den "Görlitzern" in Erfahrung zu bringen, warum denn 70% aller Festnahmen von Flüchtlingen in der Region auf Denunziationen aus der Bevölkerung zurückgehen. Doch nicht nur die "Görlitzer" - wer immer das auch sei - waren klug genug, einfach die Antwort auf ihre Beteiligung an der Erzielung dieser vom BGS so stolz in der Öffentlichkeit präsentierte Menschenjagdzahl schuldig zu bleiben. Im Grunde genommen hätte spätestens mit Hilfe dieser eigentümlich diffusen Frage unter den Anwesenden eine Diskussion über die Grenzen ihres doch eigentlich politischen Handelns und dessen Verortung in der Region beginnen müssen, was aber letztlich nicht erfolgte. Stattdessen ergriff im Laufe der sich hinschleppenden Diskussion noch ein Camp-Organisator das Wort und legte sowohl in Gestus als auch Wortwahl doch glatt einen Staatspräsidenten-Talk hin. Darin beklagte er sich darüber, daß es in der Bevölkerung "in mir nicht verständlicher Weise" eine "Hetze gegen das Camp gegeben" habe, und doch tatsächlich - "in mir nicht verständlicher Weise" der Eindruck erweckt worden sei, hier würden "Linksterroristen" anreisen. Ob dieser Worte mußten sich einige schon seit Jahren in eben dieser "Linksterrorismuskartei" geführte GenossInnen doch wundern. Daß es also nach Anti-Ra-Gaffittis an Görlitzer Häuserwänden doch tatsächlich zu einer "Hetze" durch Teile der Bevölkerung kommen konnte, nein, das konnte man als politischer Anti-Ra-Aktivist weder vorhersehen noch eigentlich verstehen, zumal doch gerade wir wegen unserer guten Absichten mit einer "Linksterrorismuskartei" nun wirklich nichts zu tun haben. Wie friedlich und schön könnte doch auch die Welt in Görlitz sein, wenn es nicht immer soviele Mißverständnisse geben würde. Ach, hätten doch die Görlitzer diese schönen Gedanken gehört, sie hätten sie bestimmt geglaubt, ganz ehrlich. Doch die waren - wir hatten es bereits gesagt - nicht da, und nachdem ausgerechnet die vielen anwesenden Camp-TeilnehmerInnen in einer Art Mimikry nun lang genug bürgerliche Öffentlichkeit gespielt hatten, plätscherte die Veranstaltung langsam aus.

3. Moralbande gegen Staatsbande?

Journalistin: "Wie finden sie die Grenze?"

Görlitzer Einwohnerin: "Ja, die Grenze ist scheiße. Da kommen die ganzen Kriminellen 'rüber."

Dieser eher impressionistische Veranstaltungsbericht erhebt keinen Anspruch auf Genauigkeit oder gar Vollständigkeit. Er dient nur zur Illustration der These, daß sich die an der Veranstaltung teilnehmenden Leute wieder einmal um die Zuspitzung dessen herumgemogelt haben, was sie eigentlich wollen, und mit welchen konkreten Grenzen sie dabei konfrontiert sind. Aber vielleicht ist es ja ein Mißverständnis anzunehmen, daß die Teilnahme an einem derartigen Aktionscamp etwas "Politisches" ist. Vielleicht geht

[4] Kampagnenzeitung a.a.O, S. 2.

den meisten TeilnehmerInnen nur darum, sich zu so etwas wie eine Moralbande zu konstituieren, der es nicht um die Veränderung der Gesellschaft, sondern ausschließlich darum geht, gegen die anwesende böse und hocharmierte Staatsbande die Rolle der Guten zu spielen. Entsprechend wurden dann die bei den Aktionen - aus welchen Gründen auch immer - absolut zurückhaltend agierenden BGS-Bullen schon einfach mal so als "Mörder, Mörder" bezeichnet. Und da es ja sowieso im Grunde egal ist, was man mit Parolen versucht politisch zu äußern, ließ sich auch die alte Parole: "Deutsche Polizisten üben fleißig für ein neues dreiunddreißig" recyceln. Da man ganz offensichtlich nicht weiß, was die Realität ist, und es ja so genau auch nicht wissen will, kann man wohl auch gleich mit einer beliebigen Projektion in die Zukunft die Vergangenheit bekämpfen, damit man sich nur in der Gegenwart nicht allzu genau fragen muß, was man da eigentlich tut und will. Doch mit Verlaub: Die Realität ist 1998 auch ohne "33" schon schlimm genug, sie braucht diese Verfälschung nicht. Und das gilt besonders, wenn man sich in ihr nicht mit Hilfe der Historie bloß amüsieren, sondern politisch handeln will.
Dabei geben wir gerne zu, daß auch aus unserer Sicht gerade in der Flüchtlingsfrage nichts gegen ein Handeln aus moralisch-humanitären Motiven spricht, wenn es um eben diese Grenzen weiß. Da, wo aber genau das nicht reflektiert wird, macht man sich selbst dümmer, als man es tatsächlich ist. Im schlimmsten Fall belügen die Leute mit ihrer unreflektierten öffentlichen Praxis nicht nur andere, sondern sogar sich selbst. Und wenn man nicht wissen will, was man tut, dann muß man damit rechnen, daß man dann früher oder später von anderen gesellschaftlichen Kräften politisch gespielt zu werden.
Unser Ärger rührt vor allem daher, daß wir selbst nicht so genau wissen, was die politischen Hintergründe und Konsequenzen der aus dem kirchlichen Milieu unterstützten Parole "Kein Mensch ist illegal" sind. Und wir meinen, daß in genau dieser und keiner anderen Perspektive allemal, das vom Zaun brechen eines Streites lohnt. Im Camp wurde ein solcher Streit aber leider von niemandem organisiert.

4. Die Flüchtlinge als Projektionsfläche für das Gute ...

Wir glauben, daß es nicht nur Zufall war, daß bei dem erwähnten Pro-Fluchthilfereferat den heute konkreten Flüchtlingen in der BRD-Staat keine besondere Aufmerksamkeit, geschweige denn eine Reflexion gewidmet wurde. In diesem Beitrag blieb völlig unerörtert, inwieweit sich die gleichfalls mythisierte Figur des exklusiv politischen, antifaschistischen und antikommunistischen Flüchtlings der 30er bis 80er Jahre dieses Jahrhunderts auf die heutige Situation übertragen läßt. Und dieser "blinde Fleck" hängt sicherlich nicht nur damit zusammen, daß ein jeder in die BRD migrierte Flüchtling immer auch eine mit Haut und Haaren verkörperte Demonstration für die Attraktivität eben dieses Gesellschaftsmodells ist; eines Gesellschaftsmodells von dem wir doch denken, daß es nicht das "Ende der Geschichte" sein kann und auch nicht soll.
In der Mobilisierungszeitung für das Camp beschreiben die Kampagnen -Aktivisten Flüchtlinge als diejenigen, "die vor Hunger, Ausbeutung und Krieg fliehen, die in ihrem Herkunftsland keine Chancen mehr sehen, ihre Heimat verlassen müssen, die Mühen und Strapazen einer oft tausende von Kilometern langen Flucht auf sich nehmen". Unmittelbar nach dieser Beschreibung nehmen sie eine unmißverständliche Bewertung vor: "Wir bewundern den Mut, die Ausdauer und die Entschlossenheit dieser Menschen."[5] Auch wenn schon im Begriff der Bewunderung sowohl identifikatorische Projektion als auch Distanz angelegt ist, so sind diese Aussagen insoweit richtig, daß niemand "nichts als bloß armer Teufel" ist, "der es über alle geographischen Entfernungen und administrativen Hürden bis zur deutschen Grenze schafft. Er hat Strapazen ausgehalten, unter denen wir zusammenbrechen würden, er hat sich durchgeschlagen, wo unsereiner resignieren und kapitulieren würde. Er hat erfolgreich ein Überlebenstraining absolviert, wie es bei manchen Firmen heute zum Selektionsverfahren für Führungskräfte zählt."[6] Das klingt vielleicht beim ersten Lesen zynisch, ist es aber nicht, wenn man sich noch einmal an Erfahrungen aus der autonomen Flüchtlingsunterstützungarbeit der 80er Jahre erinnert. In ihnen wurde "offensichtlich (...), daß unter den in die BRD gelangten Flüchtlingen viele der Mittel- oder Oberschicht entstammen (meist sind nur in diesen Schichten die finanziellen Möglichkeiten für eine Flucht nach Europa gegeben) und somit die politischen Ziele und Interessen der Flüchtlinge und ihrer linken UnterstützerInnen - jenseits der Forderung nach Aufenthaltsrecht - weit auseinandergehen."[7] Da wir glauben, daß diese Feststellung auch heute noch Gültigkeit beanspruchen kann, finden wir es politisch fehl am Platze, den "Mut, die Ausdauer und die Entschlossenheit" von Flüchtlingen bewundern zu sollen. Unseres Erachtens sollte die Frage, ob die Flüchtlinge mutig, gar mutiger als wir selbst sind, oder ähnliche Erwägungen über die Qualität dieser Menschen nicht den Ausschlag für unser Engagement geben. Auch finden wir es absurd, "für die Flüchtlinge" zu sein, als könnten wir diesem Status irgend etwas Positives abgewinnen. Letztlich finden wir es politisch angebracht, für das freie Aufenthaltsrecht aller Menschen überall auf der Welt zu sein, so daß der Status "Flüchtling" endgültig in Vergessenheit geraten soll.

5. ...doch das freie Aufenthaltsrecht im öffentlichen Raum wird nicht nur Flüchtlingen entzogen

Es ist ein Mißverständnis zu glauben, von den Beschränkungen des Aufenthaltsrechtes hier wären nur und ausschließlich Flüchtlinge betroffen. Dieses Mißverständnis wird zwar noch eine Zeitlang aus durchsichtigen Interessen gerne von der herrschenden politischen Klasse erweckt werden, ist aber trotzdem keins. Erinnern wir uns nur daran, daß während der 96'er Chaos-Tage in Hannover kurzerhand und einfach so das Aufenthaltsrecht für "Punker" - wer immer das juristisch sei - suspendiert wurde. Der Kern der vom Bundesverfassungsgericht im Mai 1996 verkündeten Asylrechtsentscheidung besteht ganz offensichtlich darin, nicht nur Flüchtlingen die Rechtsstaatsgarantie zu entziehen, sondern auch darin, staatliches Handeln in Zukunft von jeder juristischen Kontrolle freizustellen. Diese Entscheidung begünstigt eine aktiv vorangetriebene gesellschaftspolitische Entwicklung des Ausschlusses der Mas-

---

[5] Kampagnenzeitung a.a.O, S. 3

[6] Mr. Pohrt in Konkret 8/1998, S. 23

[7] Aus der von einer Redaktionsgruppe verfaßten Einleitung zu dem Kapitel XII über die "Flüchtlingspolitik" der Revolutionären Zellen (RZ) in: "Früchte des Zorns", Amsterdam 1993, Bd. 2, S. 527. Überhaupt scheinen die einmal sehr instruktiven Gedanken um die Rolle von Flüchtlingen in einer von den RZ Mitte der 80er-Jahre angefangenen "Freies Fluten-"Flüchtlingspolitik spätestens seit dem "freien Fluten" Westeuropas durch die osteuropäische Massenarmut zu Beginn der 90er Jahre irgendwie abgebrochen, und im nirgendwo stecken geblieben zu sein. Bei anderer Gelegenheit sollten noch einmal die bis in die vorläufige RZ-Abschlußdebatte 91/92 reichenden Positionierungen mit dem Ziel nachgezeichnet werden, die von den RZ-Analysen gemachten falschen Voraussetzungen, Naivitäten und unpolitischen Betrachtungsweisen herauszuarbeiten.

sen nicht nur aus der Politik, sondern überhaupt aus jeder Form der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Und dabei ist die Politik der Kriminalisierung der Armut in den Metropolen - für die die Millionen zählende, im Gefängnisstaat USA eingekerkerte Knastbevölkerung gruseliges Anschauungsmaterial liefert[8] - das Spiegelbild einer Entwicklung, in den gerade sogenannten "Fremden" Bürgerrechte hier gar nicht erst gewährt werden.
Deshalb ließe sich gerade im Zusammenhang des "Aufenthaltrechts" in Görlitz und anderswo über das ganz harte eigene Interesse öffentlich sprechen, im Angesicht des sukzessiven Entzuges von Rechtsstaatgarantien nicht selbst eines Tages ähnlich rechtlos gemacht, gesellschaftlich stigmatisiert, "denunziert" und danach vom Staatsapparat weggefischt, körperlich gequält und nach nirgendwohin abgeschoben zu werden. Und gerade vor dem Hintergrund des nackten Interesses, in diesen doch etwas bedrohlich gewordenen Verhältnissen die "eigene Haut zu retten" müßte unsere "Politik" neu durchbuchstabiert, d.h. immer auch aufgeklärt werden.

6. Friedlichkeit und Widerstand?

"Das ist hier eine friedliche Aktion!"
Lautsprecherdurchsage in Bad Muskau, als sich behelmte BGS-Bullen an Demonstranten vorbeidrängelten

Auch wenn es sich im Rahmen des Aktionscamps nicht um besonders "militante" Aktionen gehandelt hat, so bedeutet das noch lange nicht, daß sie damit auch in irgendeiner Weise "friedlich" waren. Daß es dennoch in jener Situation zu der Wahl dieses Begriffes kam, ist dem Umstand geschuldet, daß man meinte sich in einem kurzen Moment möglicher Konfrontation mit den BGS-Bullen auf die Position, "daß wir es doch gut meinen", zurückziehen zu müssen. Subjektiv ist da immer eine ganze Menge verständlich, aber nicht nur politisch ist gut gemeint immer das Gegenteil von gut. Es ist einfach nicht richtig, Happeningaktionen, die bewußt nicht gemeinsam mit den Bullen vorbereitet wurden, mit einem Begriff zu maskieren, der die doch angestrebte politische Konfrontation verschleiert, - die aus BGS-Sicht schlicht darin besteht, daß eben diese Aktionen "illegal" sind.
Wenn wir für die während des Camps laufenden Aktionen eher den Begriff "Happeningaktionen" verwenden und nicht bereit sind, den beispielsweise mehrfach in dem JuWo-Artikel verwendeten Begriff "Widerstand" zu benutzen, so bestimmt nicht deshalb, um sie in ihrer Bedeutung zu schmälern. Vielmehr geht es darum, nicht mit falschen Begriffen die faktischen Grenzen zu verwischen, denen die weitgehend öffentlich vorbereiteten Aktivitäten des Aktionscamps nun mal unterlagen. In einem politischen Sinne macht die Verwendung des Begriffes "Widerstand" nur dann Sinn, wenn darunter immer auch das Stellen der Machtfrage verstanden wird. Mit Verlaub: Hätten die TeilnehmerInnen des Aktionscamps gegenüber den zahlreich aufgefahrenen wie militärisch armierten BGS-Bullen die Machtfrage gestellt, es hätte für niemanden einen Zweifel daran geben können, wer als Sieger daraus hervorgegangen wäre. Das gleiche gilt übrigens für das in der Tat komplizierte Verhältnis zu einer gegenüber dem politischen Anliegen des Camps weitgehend passiven oder feindseligen Bevölkerung. Um es noch einmal zuzuspitzen: Aus unserer Sicht stellen sich weder in Rothenburg, Görlitz noch anderswo in dieser Gesellschaft derzeit politische Machtfragen, und an der Frage des Umganges mit Flüchtlingen schon gar nicht. Klar, daß gerade beim rassistisch motivierten staatlichen Umgang mit Flüchtlingen erheblich mehr protestiert, verhindert und blockiert werden müßte, als es derzeit der Fall ist. Wer aber meint, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsaktionen "Widerstand" nennen zu müssen, nimmt nicht nur sein Wünschen für die Realität, sondern stellt damit die Machtfrage auf dem Terrain des Gegners. Mit dieser gesellschaftspolitischen Blindheit kann man nur verlieren. Vielleicht mag diese Kritik auf den ersten Blick als Begriffsklauberei erscheinen. Doch wer meint, Begriffe einfach so auf's geratewohl in den Raum schieben zu können, der gibt nicht nur ein gesellschaftspolitisches Kampfterrain auf, sondern stiftet zu den fremden Leuten, die doch mit Hilfe von Aktionen aufgefordert werden, sich politisch mit dem geltend gemachten Anliegen assoziieren zu sollen, nur Verwirrung. Aus diesem Grunde ist es keineswegs egal, in welchen Begriffen man politisch kämpft.

7. Erfolg, Lüge und aufgegebenes Kampfterrain

Auch wenn auch wir finden, daß es keinen Grund dafür gibt, über den Verlauf des Camps "in Sack und Asche" zu gehen, so müssen wir uns doch über eine Aussage wundern: "Als voller Erfolg wurde die Aktionswoche von den InitiatorInnen der Kampagne 'Kein Mensch ist illegal!' eingestuft." (JuWo) Was bitte ist der Maßstab für diesen "Erfolg"? Im Sinne einer im Vergleich zu Greenpeace-Ressourcen allemal als Low-Budget-Kampagne zu bezeichnenden Aktionsmanagements ist diese Aussage ja zweifellos richtig. Insofern es also um den bloßen Fortbestand der Kampagne und nicht um Politik geht, war das Camp sicher nützlich. Voraussetzung von "Erfolg" in einer derart eng geführten Form bleibt allerdings, daß sich auch in Zukunft genügend Leute nicht zu viele selbständige politische Gedanken machen, wenn sie ihre Körper als Kampagnen-Aktionsgefäße zur Verfügung stellen. Diese Form von Erfolg schafft auf jeden Fall keinen Grund zur Beunruhigung. Man kann es aber auch mehr als beunruhigend finden, daß nicht versucht wurde, die zwischen den CampteilnehmerInnen unbezweifelbar vorhandenen Differenzen in die organisierte Kommunikation und Auseinandersetzung zu bringen. Bitte schön: Welche politischen Perspektiven sind in die Parole "Kein Mensch ist illegal!" genau eingeschrieben, und wenn sie sich (noch) nicht formulieren lassen, was bedeutet das für das Handeln heute? Wer meint, das sei doch "eh' alles schon klar", der belügt nicht nur andere, sondern sogar sich selbst. Nebenbei gibt er ein eminent politisches Kampfterrain auf, das darin besteht, daß wir uns gegenseitig die Karten darüber legen, was wir eigentlich gemeinsam politisch wollen. Wäre das im Verlauf des Camps geschehen, wären die Leute nach seinem Ende anders an ihre Wohnorte zurückgekehrt. Das Aktioncamp hat aber genau diesen - man verzeihe uns diesen altmodischen Begriff! - Politisierungsprozess für seine TeilnehmerInnen nicht geleistet, wovon die Münchener und Hanauer Gruppe mit ihrem in der Tat etwas undeutlichen Begriff der "weitergehenden Perspektiven" gesprochen haben. Was haben eigentlich die Ziele dieses Camps mit den Camp-TeilnehmerInnen selber gemacht, außer in den Köpfen Aktionsanekdoten zu hinterlassen? Wir können das auch deshalb nicht beantworten, weil genau darüber im Camp nicht gemeinsam diskutiert wurde - vielleicht weil zu ahnen war, wie weit man dann tatsächlich voneinander entfernt ist. Wer nun spontan einwenden mag, daß dafür während des Camps "einfach die Zeit gefehlt" habe, der hat noch nicht begriffen, daß "Zeit" niemals einfach nur da ist, und dann auch einmal ganz plötzlich "fehlt", sondern selber zuvor durch mehr oder

---

[8] Loic Wacquant: "In den USA wird die Armut bekämpft, indem man sie kriminalisiert" in Le Monde Diplomatique, Juli 1998, S. 8/9

weniger bewußt gefällte Entscheidungen auf- und ausgefüllt ist. Wenn man sich in den Camp-Vorbereitungen zuvor darauf verständigt hätte, Politikverzicht zu üben, dann müssen wir das respektieren, auch wenn wir damit nicht einverstanden sind. In dieser Hinsicht war das Camp für uns kein Erfolg.

8. Kommt noch irgend etwas und wohin geht's weiter?

Der kleinste Kontinent der Welt ist auch nach '89 immer noch geteilt. Und so wie die Mauer als Trennlinie zwischen Freedom, Democray und Kapitalismus auf der einen, und realem Sozialismus, Gerechtigkeit und Planwirtschaft auf der anderen Seite nach nicht einmal 30 jähriger Existenz zerbröckelt ist, so sicher ist es, daß irgendwann auch einmal die Oder-Neiße Grenze als räumliche Trennlinie zwischen den Reichen und den Armen auf der Welt fallen wird. In welcher Perspektive aber diese Mauer fallen wird, steht völlig dahin und ist in hohem Maße davon abhängig, wie heute politisch argumentiert und gehandelt wird. Genau diese Frage hat uns ja auch in diesem Artikel umgetrieben. Aber auch weil wir finden, daß "Politik" noch lange nicht alles ist und nach unserem Verständnis auch niemals sein soll und darf, können wir uns in diesem Sinne in der Zukunft vorbehaltlos dem anschließen, was in der bereits ausführlich zitierten Mobilisierungszeitung der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" so ausgedrückt wurde: "Der Kampf gegen die Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe."

Lotte und Kurt Rotholz

Antifa heißt Camping

Antirassistisches Aktionscamp an der Neiße wirbt für aktive Fluchthilfe und protestiert gegen Bundesgrenzschutz und Flüchtlingsdenunziation

Jungle World Nr. 32 · 5. August 1998 ·

Bestens organisierte Nazi-Strukturen, eine mehrheitlich tief rassistische und denunziationswillige Bevölkerung und ein gnadenloses polizeiliches Grenzregime, das den reichen vom armen Teil Europas abschottet: Das ist die Situation im Grenzgebiet in Ostsachsen.

Bei den insgesamt rund 1 000 Techno-Fans und 400 AntirassistInnen, die sich vom 24. Juli bis zum 2. August in Rothenburg an der Neiße zu einem Antirassistischen Aktionscamp und »Borderline-Rave« begeben hatten, waren also ein wenig Mut und Pioniergeist gefragt. Wer die letzten zehn Jahre in Hamburg in einem Infoladen Broschüren entstaubt oder in München, Wiesbaden oder Wuppertal Demos gegen AKW, Startbahnen und den US-Imperialismus organisiert hat, für den bzw. die ist eine Reise ins tiefste Sachsen natürlich so etwas wie eine Abenteuerfahrt. Aber auch die sächsische Bevölkerung hatte das Aktionscamp mit Spannung erwartet. Die Angst vor »den Autonomen« bzw. »den Berlinern« sorgte schon Wochen vorher in der Region für Aufregung und zahlreiche Medienberichte.

Auf einer großen Wiese nahe der Stadt Rothenburg an der Neiße versammelten sich im Rahmen der Kampagne »Kein Mensch ist illegal!« nach einem dreitägigen Rave des linksradikalen Berliner Techno-Kollektivs radical rave schließlich Menschen aus allen Ecken der Bundesrepublik, aus Polen, Italien und der Schweiz – vornehmlich, aber nicht nur, aus dem autonomen Spektrum. Ebenso zu den Vorbereitern gehörten regionale Antifa-Gruppen aus Görlitz, Bautzen, Zittau und Dresden mit deutlich jüngerer Belegschaft und westdeutsche Gruppen aus der Antirassismus- und Flüchtlingsarbeit. Auch die FDJ schickte ein paar AktivistInnen aus München (!) auf den Zeltplatz, um gegen die Annexion der DDR zu agitieren und dem »Volk der DDR« sein Recht auf Eigenständigkeit wiederzugeben. Dezentes Mobbing konnte die Blauhemden nach ein paar Tagen jedoch zum vorzeitigen Aufbruch animieren.

Das aktionsorientierte Camp hatte zum Ziel, einerseits Widerstand und Protest gegen die Menschenhatz des Bundesgrenzschutzes (BGS) und die Denunziationsbereitschaft der Bevölkerung vorzubringen und andererseits diejenigen Menschen in der Region, die sich dem rechten Konsens verweigern, zu unterstützen und sie zur Solidarität mit den nach Deutschland kommenden Flüchtlingen aufzufordern. Eine Abendveranstaltung in Görlitz richtete sich sogar explizit an die Bevölkerung und sollte bei ihr eine Lanze für aktive Fluchthilfe brechen.

Daß dies nötig ist, bewies ein Vorfall im Erzgebirge, der das Camp der AntirassistInnen überschattete: Nach einer Verfolgungsjagd des BGS raste in der Nacht zum 31. Juli in Weißenborn bei Freiberg ein Mercedes-Transporter mit 27 illegal eingereisten Flüchtlingen gegen einen Baum. Sieben Kosovo-Albaner, auf der Flucht vor dem Krieg, starben bei dem Unfall – auf der Flucht vor dem BGS.

Nach BGS-Angaben wollen die Beamten nach der 16 Kilometer langen Verfolgung den verdächtigen Transporter vor Weißenborn überholt haben. Die Polizisten hätten angehalten, seien ausgestiegen und hätten versucht, den Transporter mit einem Leuchtstab zum Anhalten zu bewegen. Dessen Fahrer habe jedoch Gas gegeben und sei nach fünf weiteren Kurven mit 100 Stundenkilometern aus einer Rechtskurve geflogen. Camp-TeilnehmerInnen, die sich am Unfallort umgesehen haben, hegen jedoch Zweifel an dieser Darstellung. Sie vermuten, daß das BGS-Fahrzeug direkter an dem Unfall beteiligt gewesen sei.

Einige der 21 verletzten Flüchtlinge wurden ins Kreiskrankenhaus Freiberg eingeliefert. Nachdem TeilnehmerInnen des Grenzcamps versucht hatten, sie zu besuchen, verhängte der Chefarzt auf Anraten des Landrats ein generelles Besuchsverbot für die unter Schock stehenden Verletzten, das auch für Verwandte galt. Trotzdem gelang es den AntirassistInnen juristischen Beistand zu vermitteln, so daß zumindest einige der Verletzten jetzt einen Asylantrag stellen können. Der 19jährige tschechische Fluchthelfer, der am Steuer des Transporters überlebt hatte, konnte zuerst fliehen, wurde jedoch 15 Stunden später gefaßt.

Die Reaktionen der Medien am nächsten Tag bestätigten die Intention des Aktionscamps, dessen Symbol ein internationales Seefahrtszeichen mit der Bedeutung »Ich brauche einen Schlepper« war. Nicht etwa die Menschenjagd des BGS sorgte für Empörung, sondern die vermeintlich brutalen Schlepper und Schleuser, die angeblich für ihren Profit über Leichen gehen. Die TeilnehmerInnen des Camps reagierten mit einer Spontandemo durch Freiberg, bei der sie den BGS und die deutsche Asylpolitik für die seit 1994 rund 90 Toten an den deutschen Außengrenzen verantwortlich machten. Für die meisten überraschend schlossen sich rund 20 FreibergerInnen, vor allem Jugendliche, der Demo spontan an.

Aber nicht alle Aktionen stießen auf Resonanz bei der Bevölkerung. Gerade die für die sogenannten NormalbürgerInnen ausgelegte Abendveranstaltung verfehlte ihr eigentliches Ziel. Kaum ein Dutzend GörlitzerInnen verirrte sich in den angemieteten Saal. Kontakt zur Bevölkerung kam hauptsächlich über eine extra zum Camp herausgegebene Massenzeitung zustande, die in großer Auflage verteilt wurde. Auch der Techno-Rave zog zahlreiche Jugendliche aus der Umgebung an.

Eine Demo in Form einer Mini-Love-Parade am Montag durch Görlitz mit einem italienischen Reggae-Soundsystem stieß hingegen weitgehend auf Ignoranz. Der Auftritt des Kultmoderators von Radio Fritz, Jürgen Kuttner, und des Berliner Basketballstars Henning Harnisch lockte dann immerhin die Jugendlichen des Görlitzer Basketballvereins hinter dem Ofen hervor. Am Dienstag wurden symbolisch drei unbewachte Grenzübergänge geöffnet. Eine »Tarzanschaukel« über die Neiße verhinderte der BGS; ein provisorischer Fährbetrieb, wurde nach fünf Minuten vom Grenzschutz aufgelöst.

Am Mittwoch verursachten rund 60 Taxen und andere Autos mit einem Konvoi in Görlitz ein totales Verkehrschaos. Der Konvoi richtete sich gegen die zahlreichen Prozesse, durch die TaxifahrerInnen, die Flüchtlinge als Fahrgäste mitgenommen haben, als Schleuser kriminalisiert werden. Am Donnerstag folgte die Demo gegen die BGS-Menschenjagd in Freiberg. Ein symbolischer Trimm-Dich-Pfad unter dem Motto »Fit für Fluchthilfe« wurde am Freitag in Rothenburg eingeweiht.

In Ostritz demonstrierten Antifas gegen das Hotel Neißeblick, in dem im Juni die Nachfolgeveranstaltung der neonazistischen Hetendorfer Tagungswochen stattfand und für das in der rechtsextremen *Jungen Freiheit* als Tagungshaus geworben wird. Im Eingangsbereich des Hotels wurden einige Säcke Müll geleert und Flugblätter verteilt. Motto: »Neißeblick ist Scheißeblick! Hier stinkt's!« Zeitgleich landete auch vor den Türen des Luxushotels Sorat in Görlitz stinkender Abfall. Die Hotelkette Sorat betreibt neben ihren Luxushotels auch Flüchtlingsunterkünfte und Obdachlosenheime, mit denen sie sich eine goldene Nase verdient.

Anschließend besetzten DemonstrantInnen kurzzeitig ein als neuer BGS-Stützpunkt geplantes Gebäude, in dem auch Abschiebezellen eingerichtet werden sollen. Mit Nachtspaziergängen sorgten AntirassistInnen nach Einbruch der Dunkelheit für Irritationen bei den nach Flüchtlingen auf der Lauer liegenden GrenzbeamtInnen. Am Samstag schließlich provozierten die TeilnehmerInnen des Camps mit einer »Regatta« auf der Neiße, direkt am belebten Grenzübergang in Bad Muskau, den BGS, der sich aber insgesamt eher deeskalierend verhielt. Die Grenzpolizei beschränkte sich weitgehend auf einzelne Fahrzeugkontrollen und spähte das Camp mit Ferngläsern und Videokameras aus.

Doch nicht nur das weitgehend defensive Verhalten der Polizei gegenüber dem Camp überraschte positiv. Auch die Neonazis der Region ließen sich wider allen Erwartungen nicht einmal blicken. Keine Provokation, kein Angriff, nicht einmal Pöbeleien. Der selbstorganisierte Camp-Schutz der Autonomen, der Tag und Nacht um das Gelände patrouillierte, brauchte nicht ein einziges Mal eingreifen.

Insgesamt zeigten sich viele TeilnehmerInnen des Camps, speziell aus dem Westen, eher erleichtert über die Situation in Ostsachsen. Zwar brauchen sich Nazis wahrlich nicht zu verstecken, doch die rechte Hegemonie auf der Straße geht nicht überall so weit, daß man sich als AusländerIn oder als Linker nicht aus dem Haus trauen kann. Auch die Reaktionen der Bevölkerung waren nicht nur ablehnend. »Es gibt hier eben auch einige – wenn auch kleine – Antifa-Strukturen«, erklärte sich ein Politcamper aus Berlin die Lage. »Wenn wir die ermutigt und den einen oder anderen Menschen hier zum Nachdenken gebracht haben, dann hat das Camp auf jeden Fall Sinn gemacht.«

Als voller Erfolg wurde die Aktionswoche auch von den InitiatorInnen der Kampagne »Kein Mensch ist illegal!« eingestuft. Man sei auf die BürgerInnen zugegangen, »ohne sie dort abzuholen, wo sie sind«, hieß es. Außerdem habe man mit phantasievollen Aktionsformen gezeigt, daß Widerstand nötig und machbar sei. Es gibt bereits Überlegungen zu einer Neuauflage des Camps im nächsten Jahr in einer anderen Grenzgegend.

Montag, 10. August 1998

Bad Rothenfelde: Anschlag gefilmt

Polizei sucht Mann mit Videokamera

Bad Rothenfelde (-sö) Der Anschlag in Bad Rothenfelde vom Sonntag abend wurde offenbar gefilmt: Wie die Polizei gestern mitteilte, hat ersten Ermittlungen zufolge ein nicht maskierter, etwa 40 bis 45 Jahre alter Mann das Geschehen mit einer Videokamera aufgezeichnet. Unbekannte Täter hatten das Haus, in dem das ehemalige SS-Mitglied Theo Saevecke lebt, wie berichtet mit Farbbeuteln und Steinen beworfen.

Nach der ersten Befragung von Augenzeugen, so die Polizei, seien 20 bis 30 Personen an dem Anschlag beteiligt gewesen, nicht 40 bis 50 Teilnehmer, wie nach dem ersten Eindruck vom Sonntag abend angenommen. Alle Personen seien mit Sturmhauben und Tüchern vermummt gewesen. Wahrscheinlich seien die Täter mit Fahrzeugen angereist und hätten ihre Autos in der Nähe des Hauses im Zentrum abgestellt, so die Polizei. Die Aktion, bei der das Haus mit Farbbeuteln beschmiert und mit Steinen beworfen wurde, so daß zwei Fensterscheiben zu Bruch gingen, dauerte etwa zehn Minuten.

54 Jahre zuvor, am 10. August 1944, soll der 88jährige Bewohner des Hauses als stellvertretender Polizeichef von Mailand an der Erschießung von 15 Geiseln in der oberitalienischen Stadt beteiligt gewesen sein. Derzeit läuft in Turin ein Verfahren gegen Saevecke. Die Juristen streiten darüber, ob die Tötung der inhaftierten Zivilpersonen nach dem Kriegs- oder dem Zivilrecht zu beurteilen ist.

Die Polizei bittet im Zusammenhang mit dem Bad Rothenfelder Anschlag die Bevölkerung um Hilfe bei der Suche nach auffälligen Fahrzeugen, mit denen die Täter angereist sein könnten, und nach dem etwa 40 bis 45 Jahre alten und um die 1,75 Meter großen Videofilmer. Der Mann soll welliges bis krauses Haar und eine kräftige Figur haben, bekleidet war er mit einer dunklen Hose und einem dunklen T-Shirt.



DAS HAUS von Theo Saevecke wurde gestern von vermummten Gewalttätern mit Farbbeuteln und Steinen beworfen. In Flugblättern wurde der in Bad Rothnefelde lebende Rentner beschuldigt, ein Kriegsverbrecher zu sein. Foto: Gert Westdörp

Vermummte warfen mit Steinen und Farbbeuteln

Anschlag auf Haus des ehemaligen SS-Mitglieds Saevecke

Bad Rothenfelde (hil) Etwa 40 bis 50 vermummte Gewalttäter haben in Bad Rothenfelde gestern abend das Haus des ehemaligen SS-Mitglieds Theodor Saevecke mit Farbbeuteln beschmiert und mit Steinen beworfen. In die Ermittlungen hat sich noch am gleichen Abend der Staatsschutz eingeschaltet, wie die Polizei auf Anfrage mitteilte.

In Turin läuft gegen Saevecke ein Verfahren wegen des Verdachts der Beteiligung an Kriegsverbrechen in Italien. „Wir gehen derzeit von einer Sachbeschädigung mit vermutlich politischem Hintergrund aus", sagte gestern abend ein Polizeisprecher zu dem Attentat auf das Haus von Saevecke. Der Sprecher: „Gegen 18.50 Uhr wurde uns gemeldet, daß Vermummte das Haus im Bad Rothenfelder Ortskern mit Farbbeuteln und Steinen bewerfen. Als die Polizei dort ankam, waren die Täter bereits verschwunden". Die Polizei habe umgehend „intensive Ermittlungen" eingeleitet. Hinweise auf die Täter gebe es aber noch nicht, teilte die Polizei gestern am späten Abend mit.

Fassade und Eingang des Hauses wurden, so die Polizei, von mehreren Farbbeuteln verunziert. Zudem sind zwei Fenster zu Bruch gegangen. Die Straße vor Saeveckes Haus

wurde mit einem Spruch beschmiert, in dem er als „Mörder von Mailand" bezeichnet wird. In Flugblättern, die von den Tätern vor Ort zurückgelassen worden sind, wird der heute als Rentner in dem Südkreis-Kurort lebende Saevecke unter anderem auch bezichtigt, in den letzten drei Kriegsjahren in Mailand auch Juden und Widerstandskämpfer verhaftet zu haben.

Der nach dem zweiten Weltkrieg auch beim Bundeskriminalamt beschäftigte Saevecke war in der Nazizeit Polizeioffizier in der norditalienischen Metropole. Am 10. August 1944 waren in Mailand 15 politische Gefangene von der SS erschossen worden.

In dem in Turin eingeleiteten Verfahren soll nun zum widerholten Mal Saeveckes Rolle an dem Massaker geklärt werden. Saevecke selbst hat eine Beteiligung bis heute immer wieder bestritten. Theodor Saevecke zeigte sich gestern in einer kurzen Stellungnahme „erschüttert über diese schlimme Gewalttat". Er gehe davon aus, daß die Polizei ihn und seine Angehörigen nun schützen werde. Vehement setzte Saevecke sich erneut gegen die Vorwürfe zur Wehr. Mit den Erschießungen von Mailand habe er, so Saevecke, „absolut nichts zu tun gehabt".

Mit Unverständnis reagierten gestern führende Kreispolitiker auf die Tat. Der Hasberger CDU-Landtagsabgeordnete Georg Schirmbeck betonte, er wisse zwar nicht, ob Saevecke in der Nazizeit etwas verbrochen habe, lehne es aber abgesehen davon ab, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Schirmbeck: „Wir leben schließlich in einer zivilisierten Gesellschaft im christlichen Abendland. Blutrache gibt es bei uns Gott sei Dank nicht".

Ähnlich äußerte sich der Bad Iburger SPD-Kreistagsabgeordnete Nazih Musharbash. Über Saevecke zu urteilen, sei „allein Sache der Justiz". Musharbash: „Ich bin über diese Tat erschüttert. Es geht nicht, daß einfach zur Selbstjustiz gegriffen wird".

An alle Antifas

Wir sind sauer. Am 19. September 1998 findet in Rostock die Abschlußveranstaltung des Wahlkampfs der NPD statt. Die NPD ist eine bundesweit operierende Partei, und es ist zu erwarten, daß sie dort auch was Großes aufziehen. Als Abschlußkundgebungsort ist der Platz vor dem durch Fascho-Terror zerstörten Flüchtlingsheim in R.-Lichtenhagen angemeldet.
Dazu hat sich in Rostock bereits ein breites bürgerliches Bündnis zusammengefunden, das diesen Aufmarsch verhindern will. Die an diesem Bündnis beteiligten Antifas nehmen dort als Einzelpersonen teil. Ihre Absicht ist es auf jeden Fall nicht, dort als Antifa-Gruppe aufzutreten, weil sie fürchten, dies könnte das Bündnis sprengen. Sie wollen lieber versuchen, ihre Inhalte so mit auf dem Bündnisaufruf unterzukriegen. Mobilisiert werden soll auch nicht, jedenfalls nicht öffentlich, sondern irgendwie unter der Hand. Vielleicht befürchten sie, daß ihre Aktion durch eine öffentliche Antifa-Mobilisierung schon im Vorfeld kriminalisiert würde, ähnliche Erfahrungen gibt es ja schon aus den Saalfeld-Demos, wo dies auch als Verbots- bzw. Auflagengrund herhalten mußte. Hat dieses Bullen-Diktat bei den Rostocker Antifas schon gefruchtet?

An dieser Stelle hätten wir zwei Fragen an die Rostocker und die Antifas, die dieses „Unter der Hand-Konzept“ unterstützen:
1. Wie soll sich jemals eine antifaschistische Kraft jenseits des bürgerlichen Lagers etablieren, wenn sich die lokalen Antifas nicht trauen, offen zu ihrem Ansatz zu stehen, wenn dies möglich ist? Unserer Meinung nach wird das Ergebnis des 19. September sein, daß die Faschos durch das bürgerliche Bündnis an ihrem Aufmarsch im günstigen Fall gehindert werden (was natürlich prima wäre), und sich die Antifas mit den Nazis kleinere Auseinandersetzungen am Rande liefern. Die Medien werden dies dann ganz klar als Gradmesser für den Zustand unserer tollen Demokratie werten, ein Super-Ereignis, das aber leider von „rechten und linken Gewalttätern“ überschattet wurde. Aber die wurden ja letztens Endes von den Bullen in Schach gehalten. Nein, danke.

Wenn wir als Antifas an diesem Tag sichtbar sein wollen, müssen wir uns als großer Block an der Demo bzw. zusammen mit dem bürgerlichen Bündnis an den Gegenaktivitäten beteiligen.

2: Das „Unter der Hand-Konzept“ kam ja wohl zustande, weil die Rostocker das wollten. Seid ihr nicht zu einer eigenen Einschätzung fähig? Nur weil 10 Leute finden, eine richtige Mobilisierung sei der Situation abträglich, heißt das noch lange nicht, daß das das Ultimative ist. Die Nazis werden immer mehr und es hilft uns nicht alleine, denen in einer Seitenstraße auf's Maul zu hauen. Wenn wir als Antifas nur als Schläger wahrgenommen werden, bringt uns das auch nicht weiter. Wir müssen die Antifa als ernstzunehmende politische Kraft etablieren. Mit dem Rostocker Konzept geht das nie. Und jetzt haben wir mal eine Situation, in der sich auch Bürgerliche zahlreich beteiligen (kommt selten genug vor), und wir machen einen auf heimlich, anstatt denen zu zeigen, daß Antifas auch in erster Linie etwas gegen Nazis haben und sich nicht nur ohne Sinn und Verstand prügeln wollen.

Wir wohnen in einer Kleinstadt, die Bedingungen für Antifas werden sich Großstädter kaum vorstellen können. Wir können es uns hier nicht leisten, offen als Antifas aufzutreten, und deshalb fehlt uns jegliches Verständnis für das Verhalten der Rostocker. Wenn wir die Gelegenheit hätten, zusammen mit bürgerlichen Leuten zusammen auf einem Treffen gegen Nazis zu sitzen, würden wir diese Möglichkeit zu nutzen wissen.

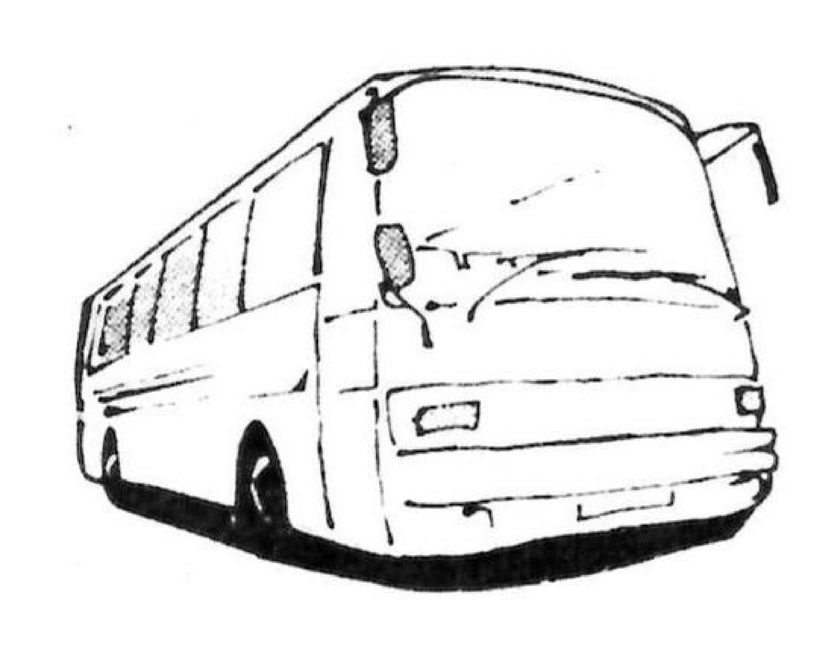
Wir würden uns freuen, wenn unser Ärger nicht irgendwo im All verpuffen würde.

Uns Antifas gibt es auch bundesweit, also laßt uns alle am 19. September nach Rostock fahren!

Gegen Nazis!
Einige Antifas aus Brandenburg

Folgende Busunternehmen fuhren am 1.Mai 98 Nazis zur NPD-Kundgebung nach Leipzig

Schriftzug auf dem Bus	Kenn-zeichen	zugelassen in Kreis/Stadt...	Bundesland (entsprechend Kennzeichen)	Adresse des Bus-/Reiseunternehmens	Im Branchenbuch aufgeführte Firma im näheren Umland des Kennzeichens bzw. namentlich identische Branchenbucheinträge (nur wenn keine feste Zuordnung getroffen werden konnte !)
Bustouristik Neuhaus	NH-D 602	Neuhaus	Thüringen	LWW Bustouristik GmbH, Am Rennweg 2 98724 Neuhaus am Rennweg 03679-725817	
Karl Hütter	WE-S 7	Weimar	Thüringen		Hütter - Reisen GmbH, Büttelbronner Str. 6 74613 Öhringen, 07941-9294-24
Domasch	SDL	Stendal	Sachsen-Anhalt	Dommasch Dieter Omnibusbetrieb und Reisebüro, Platz des Friedens 1, 39517 Tangerhütte, 03935-2622	
Wespenexpress	BLK	Burgenlandkreis	Sachsen-Anhalt		
Becker Reisen (Langenstein)	HBS	Halberstadt	Sachsen-Anhalt	Becker Jochen Omnibus & Mietwagenbetrieb, 388.. Halberstadt, 03941-30271	
Riemburg oder Reimling	SAW-ES 200	Salzwedel	Sachsen-Anhalt		
Knaute	DD	Dresden (5 Busse)	Sachsen	Knauthe Bernd Omnibusbetrieb, Großenhainer Str. 19, 01097 Dresden, 0161-4306193	Kaute Bernd OmnibusbetriebMietbus-verkehr Sonderfahrten, Großenhainer Str. 19, 01097 Dresden, 0351-8498937
Zitzmann (Olbernhau)	MAB	Marienberg	Sachsen		Zitzmann Josef Omnibus Mietauto 09602-8276 Störnstein
Schröter	MEK	Mittlerer Erzgebirgskreis	Sachsen		Schröter Anita Reisebüro Spremberger Str. 16 02977 Hoyerswerda ISDN 03571-49023-0
Harthaer Bus-Reisen	DL-LB 10	Döbeln	Sachsen		
Grimm-Reisebüro	ZI-YM 93 ZI-ZV 94 (Kleinbus)	Zittau	Sachsen	Grimm Silke Reisebüro, Bahnhofstr. 33, 02763 Zittau, ISDN 03583-510782	
S.Wilhelm	BZ-SW 101 BZ-SW 102	Bautzen	Sachsen	Reisebüro S Wilhelm 02625 Bautzen, Sachsen 035938-583-0	





Schriftzug auf dem Bus	Kenn-zeichen	zugelassen in Kreis/Stadt...	Bundesland (entsprechend Kennzeichen)	Adresse des Bus-/Reiseunternehmens	Im Branchenbuch aufgeführte Firma im näheren Umland des Kennzeichens bzw. namentlich identische Branchenbucheinträge (nur wenn keine feste Zuordnung getroffen werden konnte !
Huwig	LU	Ludwigshafen am Rhein	Rheinland-Pfalz		Huwig GmbH Omnibusbetrieb, Im Heiliggraben 1, 66287 Quierschied, 06897-65358
Kelder-Reisen	MI	Minden-Lübbecke	Nordrhein-Westfalen	Kelder-Reisen, Omnibusbetrieb u. Reisebüro Hünenbrink 7 32423 Minden Q 0571-31637 AB	
Schwedter	UM-KK 01	Uckermark /Prenzlau	Brandenburg		Schwedter Autohaus GmbH Steinstr. 10 16303 Schwedt ISDN 03332-4409-0
Lehmann	EE	Elbe Elster Kreis/Eberswalde mind. 2 Busse	Brandenburg		
Reisedienst Westprignitz	PR	Prignitz /Perleberg mind. 2 Busse	Brandenburg	Reisedienst Westprignitz GmbH i. G. Bad Wilsnacker Str. 48 19348 Perleberg 03876-5181	(Reisedienst Westprignitz GmbH) Rabensteig 9 19322 Wittenberge 03877-4946
Kannwischer	EE	Elbe-Elster-Kreis /Eberswalde	Brandenburg		
Erdmanns Reisedienst	HVL-Y 162	Havellandkreis /Rathenow	Brandenburg	Erdmanns Reisedienst GmbH Berliner Str. 57 14712 Rathenow 03385-2586	
Lehmann-Reisen	HZ	Herzberg	Brandenburg		Lehmann Günter Busreisen Heinrich-Zille-Str. 21, 04895 Falkenberg, Elster, 035365-2102
Micky Tours	B-NV	Berlin	Berlin		
Rüter Lüneburg	LG-DT 215	Lüneburg	Niedersachsen	Omnibusbetrieb Heinz Rüter Inh. Heinz-G. Rüter, Hasenburger Weg 45, 21335 Lüneburg, 04131-44614	
Müller Dahndorf	HE-M	Helmstedt	Niedersachsen		

Schriftzug auf dem Bus	Kenn-zeichen	zugelassen in Kreis/Stadt...	Bundesland (entsprechend Kennzeichen)	Adresse des Bus-/Reiseunternehmens	Im Branchenbuch aufgeführte Firma im näheren Umland des Kennzeichens bzw. namentlich identische Branchenbucheinträge (nur wenn keine feste Zuordnung getroffen werden konnte !
Mittermeier	SR-D 810	Straubing	Bayern	Omnibusverkehr Mittermeier KG, Itlinger Str. 24, 94315 Straubing, 09421-7805-10	
Scyclub oder Jetclub	MB	Miesbach	Bayern		
Fröschl	EI	Eichstätt	Bayern	Fröschl Omnibus Feselenstr. 7 85098 Großmehring 08407-387	
Schummer	PAN	Pfarrkirchen /Rottal-Inn	Bayern		
Domberger	A	Augsburg	Bayern	Reisebüro DOMBERGER Die ganze Welt des Reisens!, Heinrich-von-Buz-Str. 2, 86153 Augsburg, Bay, 0821-502250	
Thüring.-Fränkisches...	CO-C 400	Coburg	Bayern	Thüringisch-Fränkisches Reisebüro Spitalgasse 8 96450 Coburg 09561-74031	
Kreutzer	BT	Bayreuth	Bayern		*(1) Kreutzer Touristik GmbH, Aufseßplatz 1, 90459 Nürnberg 0911-4596066* *(2) Kreutzer Reisen, Spöttinger Str. 9, 86899 Landsberg a Lech 08191-21903* *(3) Kreutzer Reisebüro Grünwald GmbH, Rathausplatz 1, 82031 Grünwald, Kr München, 089-6414003*

Liebe Interims, leider habt ihr in eurer letzten Ausgabe nicht die Adresse des Ladens Lünser & Hennlein reingenommen. Dieser ist/war für den Druck von Nazifahnen im Auftrag der NPD (bzw der Deutschen Stimme Verlags GmbH) verantwortlich. Die Adresse der Fiale die mit der NPD (DS) in direkten Kontakt steht/stand: Fa. Fahnen Lünser & Hennlein, Bötzowstr. 19, 10407 Berlin-Prenzlauer Berg. Die Hauptfiale liegt direkt am Berliner Alexanderplatz (Fahnenhaus am Alex).

Schriftzug auf dem Bus	Kenn-zeichen	zugelassen in Kreis/Stadt...	Bundesland (entsprechend Kennzeichen)	Adresse des Bus-/Reiseunternehmens	Im Branchenbuch aufgeführte Firma im näheren Umland des Kennzeichens bzw. namentlich identische Branchenbucheinträge (nur wenn keine feste Zuordnung getroffen werden konnte !
Eisemann	WN	Waiblingen/Rems-Murr-Kreis mind. 2 Busse	Baden-Würtemberg		*Reisebüro Eisemann Rosenbergstr. 138 70193 Stuttgart 0711-6369552*
Petroli	VS	Villingen-Schwenningen	Baden-Würtemberg	OMNIBUS-REISEN Petrolli Heinz, 780.. Villingen-Schwenningen, 07725-444	
Sauerbrunn (Rastatt)			Baden-Würtemberg	Sauerbrunn-Reisen Lochfeldstraße 34 76437 Rastatt 07222-53044	
Greve-Reisen	SE-WE 16 SE-TE 13	Bad Segeberg	Schleswig-Holstein		
Emo	VB-EM 70	Vogelsberg	Hessen		*EMO REISEN GMBH, Pfaffenwiese 321, 65929 Frankfurt am Main, 069-319590*
Bender	LDK	Lahn-Dill-Kreis /Wetzlar	Hessen	Bender Paul, Omnibusbetrieb KG Schützenstr. 2, 35630 Ehringshausen, Dill, 06440-233	
Apel	ESW-YS 9	Eschwege	Hessen		*Apel Reisen Taxi-und Omnibusverkehr Gmb Niester Str. 23 37213 Witzenhausen 05542-5565*



Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444

D-24125 Kiel

Tel/Fax: 0431/75141
Email: rote-hilfe-kiel@cl-hh.comlink.de

Spenden- und Beitragkonto:
Rote Hilfe e.V.
Kto. 191 100-462
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund

Rote Hilfe - Kampagnen-Rundbrief Nr. 1
(„Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen!")

Reicht diesen Rundbrief bitte auch an befreundete Gruppen und interessierte Einzelpersonen weiter!

Kiel, August 1998

Liebe GenossInnen!

Wie einigen von euch schon bekannt sein wird, laufen derzeit Ermittlungen nach §129 StGB („Bildung einer kriminellen Vereinigung") gegen mehrere AntifaschistInnen aus Passau, die am 12. Mai 1998 mit bundesweiten Hausdurchsuchungen (in Passau, München, Nürnberg, Berlin, Mühldorf, Göttingen, Bielefeld und Hamburg) ihren vorläufigen Höhepunkt hatten. Den Hintergrund sollen laut Staatsanwaltschaft München, die das Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, über 100 nicht näher beschriebene Straftaten seit 1993 in der Stadt Passau bilden. Mittels des §129 wird vom Staatsschutz offensichtlich erneut versucht, antifaschistisches Auftreten zu einer „kriminellen Aktion" zu brandmarken. Mit dem Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) aus Göttingen ist derartiges schon einmal Anfang der 90er Jahre versucht worden. Damals scheiterte das Verfahrens-Konstrukt nicht zuletzt am breiten öffentlichen Druck gegen §129/129a und wurde gegen Geldbuße eingestellt. Aber auch wenn derartige §129-Vorwürfe absurd klingen, bergen sie doch die Gefahr der Verurteilung. Dies würde für einige der Beschuldigten unter Umständen mit Knaststrafen und (wegen der Dauer und Kosten eines solchen Verfahrens) finanziellem Ruin enden. Darüber hinaus würde mit einer Verurteilung nach §129 ein Präzedenzfall geschaffen, der jeglichen Ansatz legaler antifaschistischer Organisierung unterbinden könnte. (Näheres zu den Ereignissen rund um den 12. Mai könnt ihr dem beigelegten Flugblatt der Roten Hilfe Göttingen entnehmen.)
Momentan haben die Beschuldigten Akteneinsicht beantragt, was sich aber erfahrungsgemäß etwas hinziehen kann. Eine Frau aus Passau hat mittlerweile Vorladungen zur Staatsanwaltschaft erhalten, wo sie als „Zeugin" aussagen soll. Wir halten auch weiterhin die konsequente Aussageverweigerung für das einzige Mittel, sich und andere nicht zu belasten. Gerade in Fällen von Organisationsdelikten wie §129/129a, wo allein die konstruierte Mitgliedschaft anstatt von Einzelstraftatnachweisen für eine Verurteilung ausreicht, kann von einer Trennung zwischen „ZeugIn" und BeschuldigteR nicht mehr gesprochen werden - die Übergänge sind dort fließend. ZeugInnen können bei Nicht-Aussage (sie besitzen nämlich kein prinzipielles Aussageverweigerungsrecht) Bußgelder und bis zu sechsmonatige Beugehaft drohen!

Diese Razzien (und die damit bekanntgewordenen §129-Ermittlungen des Staatsschutzes) waren für uns Anlaß, in Absprache mit Betroffenen eine Solidaritätskampagne für die kriminalisierten AntifaschistInnen aus Passau zu starten. Wir denken, es wäre eine völlig falsche Herangehensweise an staatliche Repression, wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren und bis zu einem evtl. Prozeßbeginn zu warten. Deshalb wollen wir gerade jetzt im Vorfeld aktiv werden und euch mit diesem bundesweit verschickten Rundbrief auffordern, euch nach euren Möglichkeiten in die Kampagne mit einzubringen.

Was es bisher an Solidaritätsarbeit gibt

- Aus dem Kreis der Betroffenengruppe wurde ein Plakatmotiv an uns herangetragen, mit der Frage, ob wir dieses finanzieren und veröffentlichen könnten. Mittlerweile gibt es eine erste Auflage dieses Solidaritätsplakats, eine zweite Auflage ist in Planung. Bisher haben sich schon über 100 Gruppen gefunden, die sich mit ihrem Namen unter das Plakat setzen, um so ihre Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen zu zeigen. Bis zum **25. August** besteht noch die Möglichkeit, mit auf diese 2. Auflage des Plakats zu kommen. Was ihr dafür tun müßt: Schreibt oder faxt an den Literatur-Vertrieb der Roten Hilfe, schickt entweder 10;- DM in bar oder Briefmarken mit oder überweist den Betrag auf das Soli-Konto (Adresse und Kontonummer findet ihr auch auf der mitverschickten Plakatvorlage). Hier könnt ihr auch die Plakate bestellen (gegen Porto). Teilt uns bitte möglichst schnell mit, wie viele Plakate ihr bestellen wollt!
- Das mitgeschickte Flugblatt aus Göttingen kann ebenfalls kostenlos (gegen Porto) bestellt werden über den Literaturvertrieb der Roten Hilfe.
- Über die Autonome Antifa (M) könnt ihr für 10,- DM eine Pressemappe erhalten, die alle verfügbaren Zeitungsartikel/Presseerklärungen etc. zu den Ermittlungen beinhaltet. Außerdem könnt ihr hier Solidaritätsflugblätter der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Aktion (AA/BO) bestellen.
  Kontakt: Autonome Antifa (M), c/o Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, D-37073 Göttingen, Tel/Fax: (0551) 549081, aam@mail.nadir.org
- Im Internet ist eine Soli-Seite mit aktuellen Texten zur Solidaritätskampagne eingerichtet worden: http://www.org/nadir/initiativ/aam/passau.html. Damit auch eure Soli-Schreiben dort zu sehen sind, sendet die Texte per Email an die Autonome Antifa (M), falls ihr keinen Email-Zugang habt, könnt ihr die Texte auch als Nur-Text bzw. Word-Dokument (.txt/.doc) als Diskette an die Antifa (M) senden.

- Die Antifaschistische Aktion Passau hat ein Info-Telefon eingerichtet, über das ihr Aktuelleres zum Stand der Ermittlungen, der Soli-Arbeit etc. erfahren könnt. Tel: 0177/33 48 17.
- Es wurden mittlerweile zwei bundesweite Soli-Konten eingerichtet, auf die zweckgebunden gespendet werden kann. Die beiden Konten lauten:

Spendenkonto der Roten Hilfe
Kto. 191 100-462
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund
Stichwort: „12. Mai"

Rechtshilfefond Passau
Kto. 360 82 98
BLZ 740 900 00
Raiffeisenbank Passau-Freyung
Stichwort: „12. Mai"

- Es gibt eine Soli-Kassette, die ihr kaufen (und weiterverkaufen) könnt. Der Sampler kostet 10,- DM, sämtliche Einnahmen gehen auf das Rechtshilfekonto in Passau. Hier nur einige Bands, die auf dem Sampler drauf sind: Chumbawamba, Mc Solaar, Prodigy, Rantanplan, Anarchist Academy, Slime, But Alive ... Bestellungen über: Antifaschistische Aktion Passau, Große Messergasse 8, D-94032 Passau.
- Die Mad Butcher Records haben eine Soli-CD für die Passauer AntifaschistInnen herausgegeben. Die CD kostet 15, - DM, davon gehen 5,- DM direkt auf das Rechtshilfekonto! Auf der CD finden sich Bands wie: Red London, Les Partisans, But Alive, Negativ-Nein, No Respect, The Adjusters, Backlash ...
  Bestellen könnt ihr die CD über: Mad Butcher Records, Pater Kleppingstr. 18, D-33154 Salzkotten
  email: madbutcher@pader-online.de
- Über die Rote Hilfe können auch ReferentInnen für Veranstaltungen vermittelt werden, die über die politische Repression in Passau und die Solidaritätsarbeit bei §129/129a berichten können.
- Mit diesem Brief verschicken wir auch Soli-Anzeigen der Roten Hilfe, die ihr in alternative Zeitschriften/Zeitungen/Infoblätter aus eurem Umfeld setzen könnt.

Weitere Möglichkeiten zum Aktivwerden

Hier haben wir nur einige Ideen angeführt (es gibt sicher noch viel mehr!), wie ihr euch einbringen könnt:

- Geld sammeln über Spendendosen, Soli-Partys, Konzerte, das Ansprechen finanziell Bessergestellter aus der Linken und dem linksliberalen Umfeld
- Informationen in alternativen Medien (Zeitung/Hörfunk) verbreiten. (Schickt bitte Belegexemplare/Kopien von Presserklärungen/Resolutionen/Zeitungsartikeln/Radiosendungen/Photos an:
  Rote Hilfe Archiv, c/o Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, D-37073 Göttingen -Danke!)
- Ansprechen von „prominenten" Linken und Linksliberalen, ob sie die Kampagne nicht finanziell und/oder mit eigenen Aufrufen unterstützen wollen
- Resolutionen einbringen in Organisationen, in denen ihr evtl. Mitglied seid (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine/Verbände, Parlamente, Bündnisse)
- Büchertische, Kundgebungen, Redebeiträgen auf Demonstrationen etc.

Zum Abschluß noch zwei Dinge in eigener Sache:

- Einige von euch kennen bereits die Rote Hilfe über Rechtshilfe-Infos bei Demonstrationen, über Veranstaltungen oder ähnlichem, einige von euch sind vielleicht auch selber Mitglied in der Roten Hilfe. Für all diejenigen, die die Rote Hilfe noch nicht kennen, haben wir auf der Rückseite der Plakatvorlage eine kurze Selbstdarstellung unserer Organisation geschrieben.
- Solche Rundbriefe kosten leider auch immer recht viel Geld. Wenn sie dann wegen einer falschen Adresse zurückkommen, ist das um so ärgerlicher. Falls also eure Adresse nicht stimmt, schickt uns die korrekte Adresse bitte zu. Teilt uns ebenfalls bitte mit, wenn wir Gruppen aus dem Verteiler nehmen (z.B. weil eine Gruppe z.Z. nicht aktiv ist) oder hinzufügen sollen.

Mit solidarischen Grüßen

Rote Hilfe e.V.

<u>Anlage:</u>

Plakatvorlage
Selbstdarstellung der Roten Hilfe e.V.
Flugblatt der Roten Hilfe Göttingen
Anzeigenvorlage für Zeitungen

Protokoll des 2. Landesweiten Vorbereitungstreffens zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 12. September 1998 in Münster. Stattgefunden am Sonntag, 19.7.1998:

TOP 1: Faschoaktivitäten

- Terminverlegung des Aufmarsches auf den 12. September,
diese Information stammt vom JN-Infotelefon in Wattenscheid, und indirekt durch einen Kommentar eines Münsteraner Bullen.

- Größe des Faschoaufmarsches: Schätzung gehen von 200- 400 Faschos
  - Schätzungen beruhen auf der Tatsache, daß am 19. September die Wahlkampfabschlußkundgebung in Roststock stattfindet und die Faschos innerhalb einer Woche nicht zwei Großaufmärsche hinbekommt.
  - Auch wenn die Faschos eine „Bundesweite Demonstration" angekündigt haben, schätzen wir aufgrund der Terminverschiebung, daß die Planungen alleine bei der NRW-NPD/JN liegen, und auch vorher nicht mit dem Bundesvorstand abgestimmt wurden (Bundesweit wird für den 19. September von der NPD/JN nach Rostock mobilisiert), es wird wohl eine landesweite Demo werden.
  - die Beteiligung der freien Nationalisten (autonome Kameradschaften, wie Sauerländische Aktionsfront) ist noch nicht klar, eine Unterstützung der Demo ist wahrscheinlich, da eigene Demoversuche der freien Nationalisten gegen die Wehrmachtsausstellung unterbunden wurden, Münster stellt die letzte Möglichkeit vor der Wahl für sie da, gegen die verhaßte Ausstellung zu demonstrieren.

- Ablauf bei den Faschos:
  - Nach Polizeiaussagen in der Lokalzeitung planen die Faschos eine Auftaktkundgebung und einen anschließende Demonstration, in räumlicher Nähe zum Ausstellungsort der Wehrmachtsausstellung.
  - Uhrzeit und AnmelderIn der Faschodemo nicht bekannt, wobei wir bei der Zeit auf 13.00 Uhr tippen, da die Faschos zuerst für den 19. September zu 13.00 Uhr auf den Hindenburgplatz mobilisiert hatten

TOP 2: Gegenaktivitäten

- Verhalten der Stadt
  - Stadt MS wollte den Aufmarsch am 19.9 unterbinden, da dort ein Flohmarkt stattfindet
  - das Vorgehen für den 12.9 ist nicht ganz klar, Polizei prüft ein Verbot (also das übliche Spiel, und am Sa. den 12.9 darf die NPD marschieren)

Bündnis gegen Sozialabbau: - die beim Stand des Treffens geplante Kundgebung des Bündnisses, ist nicht mehr so ganz klar, da an diesem Tag im Ruhrgebiet ein bundesweiter Aktionstag gegen Sozialabbau stattfindet und einige Menschen dort hin möchten, ein Teil des Bündnisses hat sich aber klar für Aktionen in Münster ausgesprochen

TOP 3: Unser Konzept

- Mobilisiert wird auf den Hindenburgplatz, und zwar 3 Stunden, bevor die Faschos vorhaben ihre Auftaktkundgebung dort anzuhalten, ca. 9.00 - 10.00 Uhr
- Es wird einen Rückzugspunkt geben, der 5 - 10 Minuten zu Fuß vom Hindenburgplatz entfernt liegt. Dieser Rückzugspunkt wird angemeldet, und soll als Sammelpunkt für Einzelpersonen und Kleingruppen dienen, wenn wir vom Hindenburgplatz vertrieben werden sollten. Handlungsfähige Strukturen sollten es sich überlegen ob sie diesen Punkt überhaupt anlaufen.
- angedacht sind auch Anmeldungen von Kundgebungen für eventuelle Ausweichplätze der Faschos innerhalb Münsters, es gibt aber noch nichts konkretes
- potentielle Ausweichorte bei einem eventuellen Verbot liegen im Kreis Steinfurt, da die NPD dort relativ stark ist (NPD-Bundesschatzmeister wohnt im Kreis ST,)

TOP 4: Mobilisierung:

- Wir wollen angesichts des kleineren Aufmarsches erstmal nur NRW + Niedersachsenweit mobilisieren, Gruppen aus anderen Gegenden sind natürlich gern gesehen, sollten sich aber auch Gedanken über den am 19. September in Roststock stattfindenden wesentlich größeren Aufmarsch machen, er wird die Abschlußkundgebung des NPD/ JN-Wahlkampfes darstellen.

TOP 5: Verschiedenes

- Es sollen zwei Wochen vor der Faschodemo Antifa-Wochen geben (Wer interessante Veranstaltungen hat, oder Vorbereiten will soll sich bei uns melden

MAFIA c/o Infoladen Bankrott Dahlweg 64 48153 Münster

- Das Infotelefon ist weiterhin unter der Nummer 0251 / 52 11 12 Mi. + Do. 15.00 - 18.00 Uhr und im September jeden Werktag zu erreichen

- Wer Plakate oder Aufrufe haben möchte, kann diese gerne unter der Infotelefonnummer oder oben genannter Addresse bestellen.

FEST ZUM NEUEN
Was steckt dahinter ?

Im Prenzlauer Berg hat sich seit einem Jahr eine rechtsextreme Sekte breitgemacht. Sitz der dubiosen 'Heidnischen Gemeinschaft' ist die therapeutische Praxis von Uwe Ecker in der Pasteurstraße 28. Seit April 1998 versucht die Gruppe, sich auf perfide Weise an Kinder (und ihre Eltern) ranzumachen.
Die Heidnische Gemeinschaft tritt mit einem spinnerten Weltbild in Erscheinung: zwischen Esoterik, Ökologie und Therapie basteln sie einen Bezug auf das"heidnisch- germanische Erbe".



Dieser Ansatz ist nicht neu, schon die Nazis haben sich auf dieses Germanentum bezogen. Entsprechend steht auch die Heidnische Gemeinschaft im Verdacht des Rechtsextremismus. Sowohl in der Geschichte und Ideologie als auch bei den Mitgliedern finden sich solche Bezüge:
So bezieht sich die Gruppe explizit auf Ludwig Fahrenkrog, der ein heidnischer Vorreiter bei den Nazis war. Die Gründungsmitglieder der Heidnischen Gemeinschaft rekrutieren sich u.a. aus der rechtsextremen Gruppierung der "Armanen" und heute unterhält die Gruppe Kontakte zu so gut wie allen rechtsextremen heidnischen Gruppierungen in Deutschland. Hauptinitiator dieser Kontakte ist der Schriftführer der Heidnischen Gemeinschaft, Michael Pflanz, der als Neonazi schon seit 20 Jahren Schlagzeilen macht. Er unterhält Beziehungen zu Gruppen wie der (inzwischen verbotenen) Nationalistischen Front, Jürgen Riegers "Artgemeinschaft" und Arnulf Priems "Wotans Volk".
Der Gründer der Gruppe, Géza Németnyi, der sich von der Heidnischen Gemeinschaft löste, um die kongruente Germanische Glaubensgemeinschaft zu initiieren, fabulierte 1996:

> Bei den Germanen war es erlaubt, ein neugeborenes Kind auszusetzen, wenn es z.B. verkrüppelt war. Auch hier waren also menschliche Regeln im Einklang mit dem Instinkt. In der Natur ist es so geregelt, daß das Kranke und Schwache untergeht. Das mag für den christlich beeinflußten Menschen grausam klingen, aber es ist im Interesse der Arterhaltung dringend notwendig. Würde sich das Schwache immer weiter fortpflanzen, würde die ganze Art immer schwächer und dekadenter. Nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder Geist sein. Leider wird dieses Naturgesetz heute ad absurdum geführt.(...) Sterbehilfe bzw. Euthanasie gelten als barbarisch.

In ihrer Vereinszeitung "Runensteine" finden sich häufiger entsprechende Beiträge. So philosophiert ein Sektenmitglied über die "Schrumpfung der Europäer", die "durch Mischehen mit südländischen und tropischen Partnern" zustande käme.
Das ist nicht nur menschenverachtend, sondern macht auch deutlich, welches unmenschliche Bild die Heiden von Kindern haben und welches Weltbild sie ihnen vermitteln wollen: Rassismus und Sozialdarwinismus werden in der Gruppe verbreitet- eine Ideologie, gegen die sich Kinder kaum wehren können. Deswegen:
LEUTE MACHT DIE AUGEN AUF UND WEHRT EUCH GEGEN DIE HEIDNISCHEN RATTENFÄNGER !

VORSICHT! SEKTE AUF KINDERFANG!

Die heidnische Gemeinschaft wirbt auf bunten Zetteln für " KINDERFESTE ZUM NEUEN MOND " und für andere " heidnischen " Riten. Die Sekte ist durch ihren Versammlungsort: Pasteurstraße 28 oder durch ihre Rune:

Heidnische Gemeinschaft

zu erkennen.

ViSdP: Martha Meyer, Fehrbelliner Straße 3, 10119 Berlin

WER IST DIE HEIDNISCHE GEMEINSCHAFT ?

Anfang des Jahrhunderts gründet Ludwig Fahrenkrog die "Deutschstämmige Germanische Glaubensgemeinschaft". Er versucht, seine Form des Heidentums, mit den zentralen Elementen Rassismus und Antisemitismus, als Religion des aufkeimenden Nationalsozialismus zu etablieren. Diese Gruppe ist die wichtigste Vorläuferorganisation der Heidnischen Gemeinschaft (HG). Weiterhin bezieht sich die HG auf Faschisten wie Friedrich Bernhard Marby, Wilhelm Kusserow und Ernst Wachler. Deren Weltbild stand teilweise im politischen Gegensatz zu dem der Nationalsozialisten, weshalb sie auch von den Nazis verfolgt wurden. Wachler, selbst fanatischer Antisemit, hatte nach Nazidefinition jüdische Vorfahren und wurde im KZ ermordet. Diese historischen Leitfiguren sind Angelpunkt aller rechtsextremen und neofaschistischen Heidengruppen.
Fahrenkrog hält im Mai 1933 einen Vortrag, der folgendermaßen beginnt und 1993 im damaligen Publikationsorgan der HG, dem "Germanen- Glaube", abgedruckt wird:

> " Es gibt Bäume, die von Wucher-, und Schmarotzerpflanzen erstickt und erdrückt werden. Ihr Aussehen entspricht dann nicht mehr ihrer, sondern dem Aussehen fremder Natur. Das kann Naturnotwendigkeit sein nach Maßgabe der verteilten Kräfte im Kampf ums Dasein, aber es ist dabei nicht zu verkennen, daß solche Bäume sich nicht durchsetzen oder aber 'nicht ihren Sinn erfüllen'.
> Sei es nun im Menschen-, Tier-, Pflanzen- oder Mineralreich, überall finden sich jene wuchernden Ersticker und Erdrücker, jene Lebewesen, die ihren Ernährer ausnutzen und beherrschen und es den natürlichen Trieben verwehren, sich zu entfalten.
> Auch den Germanenstamm umklammerten und umgarnten fremde Kräfte, und nicht nur das, sie saugten sich ihm in Mark und Seele. "

Nach der Befreiung vom Faschismus dümpelt das Heidentum mehr oder minder vor sich hin, bis es gegen 1980 eine Renaissance erfährt. Rechtsextreme Heiden aus dem ganzen Bundesgebiet beginnen sich nach den Idealen Fahrenkrogs zu organisieren. So auch in Berlin, wo der VS 1984 die "Heidnische Glaubensgemeinschaft", aus der die HG dann hervorgegangen ist, als 'völkisch orientiert' beschreibt. 1985 unterwandert eine Gruppe von Rechtsextremisten aus der Gruppe der "Armanen" und der JN den Landesvorstand der GRÜNEN. Unter ihnen sind Géza Némenyi, Mathias Wenger (beide von den Armanen) und Michael Pflanz (JN). Aus dieser Unterwanderungsbewegung gründet sich die Heidnische Gemeinschaft. Vorsitzender ist Géza Némenyi.
Die Heidnische Gemeinschaft entwickelt sich in Berlin zu einer zentralen Heidenorganisation, viele Mitglieder halten Kontakt zu rechtsextremen Heiden (z.B. zur Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stämme Europas ANSE, den Armanen, Wotans Volk und der Artgemeinschaft). Aus der Heidnischen Gemeinschaft entwickeln sich weitere rechtsextreme Grüppchen, z.B. der "Tempel der Semneonen", die berliner Gruppe der ANSE.
Michael Pflanz tourt in den 80ern als Referent durch die Neonazi-Szene, um Skins das Heidentum beizubringen. Dabei hält er u.a. Vorträge vor Arnulf Priem und Mitgliedern der Nationalistischen Front.
Ab 1990 gibt er die "Runensteine" heraus, das heutige Publikationsorgan der Heidnischen Gemeinschaft.
Ebenfalls 1990 wird Uwe Ecker von Némenyi zum "Vé-Goden" (eine Art priesterlicher Hochgrad) geweiht und darf im "Germanen-Glaube" schreiben, dem seinerzeitigen Publikationsorgan der HG.
Unter Némenyi versucht die HG, als berliner Vertreterin der bundesweit reaktivierten "Germanischen Glaubensgemeinschaft" (GGG) Fuß zu fassen.

Der Verein wird als gemeinnützig anerkannt und beruft sich auf das Grundrecht der Religionsfreiheit. Er versucht, mit Vortragsreihen und therapeutischen Angeboten in die Öffentlichkeit zu gelangen.
In der Zeit von 1991 bis 1993 gibt es innerhalb der Heidnischen Gmeinschaft massive Streitigkeiten, deren vorgeblicher Anlaß die versuchte Eingliederung in die Germanische Glaubensgemeinschaft ist. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß eine Eifersuchtskiste Ecker und seinen Weihepriester Nemenyi entzweit. Letzterer steigt mit GefährtInnen aus der Heidnischen Gemeinschaft aus und gründet die Germanische Glaubensgemeinschaft-Berlin (ob er noch der HG angehört, ist nicht bekannt). Beide Gruppen werfen sich nun gegenseitig Rechtsextremismus vor. Diese Spaltung ist das letzte von unabhängigen Stellen dokumentierte Ereignis.
Die Heidnische Gemeinschaft besteht allerdings fort und treibt ihr Unwesen im Spannungsfeld zwischen Esoterik und Rechtsextremismus: Alt- Kader Michael Pflanz (s.o.) organisiert nach Angaben der nunmehr konkurrierenden berliner Germanischen Glaubensgemeinschaft am 18.3.1994 ein Koordinierungstreffen für heidnische Gruppen in " Falcos Schwabenstuben", einem berüchtigten Nazi-Treffpunkt. Ziel soll wohl die Einigung der zerstrittenen Zirkel sein. Neben Uwe Ecker, dem neuen Vorsitzender der Heidnischen Gemeinschaft, erscheinen auch Vertreter der ANSE/ Tempel der Semneonen und der von Jürgen Rieger (Mitorganisator der Hetendorfer Tagungswoche) geleiteten "Artgemeinschaft". Im Nachbarraum trifft sich Arnulf Priem mit seinen Faschos. Die Germanische Glaubensgemeinschaft führt aus, daß diese vier Heidengruppen hierbei eine intensivere Zusammenarbeit vereinbart hätten.
Im sozialdemokratischen "Blick nach rechts" 2/97 wird darauf hingewiesen, daß die HG mit der "Deutschgläubigen Gemeinschaft" kooperiert. Diese wurde 1957 vom ehemaligen hamburger SA-Chef Alfred Conn gegründet; ihr geht es nach eigenem Bekunden "... traditionell um die deutsche Volksgemeinschaft". Conn schreibt folgerichtig auch für die jetzige HG- Zeitung "Runensteine".
Neben diesen Vernetzungsaktivitäten und dem Verbreiten rechtsextremen Gedankenguts fällt die Heidnische Gemeinschaft besonders durch ihr therapeutisches, ökologisches und esoterisches Gehabe auf. Dazu gehören entsprechende Rituale wie z.B. die Sonnenwendfeiern, die auch von anderen Naziorganisationen begangen werden. Weitere wichtige Termine im Kalender der Heidnischen Gemeinschaft sind außerdem die Tag- und Nachtgleichen, Fastnacht, Walpurgisnacht, Leinemte und Winternacht. Regelmäßig am Samstag vor Voll- und Neumond treffen sich die berliner Heiden zu weiteren Ritualen.

Seit April d.J. versucht die Heidnische Gemeinschaft, Kinder für ihre Rituale zu gewinnen (s. abgebildeten Handzettel). Dagegen hat sich eine 'Bürgerinitiative Bötzowkiez' zusammengeschlossen und eine leicht mißratene Veranstaltung organisiert. Erfolgreich war dagegen die Steckaktion im Kiez, bei der alle Haushalte ein Flugi im Briefkasten fanden, das über die Heidnische Gemeinschaft und ihre Hintergründe aufklärte. Das hat dazu geführt, daß die Heiden im Prenzelberg nicht mehr propagieren und auf andere Kieze ausgewichen sind. Es fanden sich Handzettel, geklebt in Pankow und rund um den Senefelder und den Teutoburger Platz.
Eine wichtige und richtige Maßnahme ist es, den Scheiß abzureißen; eine andere günstige Sache ist eine kleine Steckaktion im Kiez. Dazu haben wir euch eine Vorlage mitgeschickt, die sich einfach auf DIN-A5 verkleinert doppelt kopieren läßt. Wenn ihr gerne telefoniert: Uwe Ecker hat die 428 75 36 und Michael Pflanz die 859 29 86.
Über Rücklauf an die Interim würden wir uns freuen.

Prenzelberger AntifaschistInnen

Nie wieder Krieg - nie wieder Bombenterror!

Am 1.September jährt sich zum 59. Mal der Beginn des 2.Weltkrieges. Er fing mit schnellen Blitzkriegszügen an, die militärisch als begrenzbar und erfolgbringend eingeschätzt wurden. Doch mit der Kriegsdauer nahm die Aggression gegen die Zivilbevölkerung permanent zu und nahm bis dahin ungeahnten Ausmaße an. In Osteuropa gingen aufgebrachte Soldaten in barbarischer Weise gegen die Zivilisten vor.

Bombergeschwader bombardierten in fast allen Städten vor allem die Wohngebiete. Dort stellen noch heute Blindgänger eine Gefahr dar: 1993 tötete eine Bombe 3 Bauarbeiter auf einer berliner Baustelle und in den vergangenen sieben Jahren mußten Teile Oranienburgs wegen Bombenfunden bereits 57 mal evakuiert werden. Tiefflieger stürzen ab - teilweise in der Nähe von Atomkraftwerken (AKW Ohu) - und gefährden tagtäglich Millionen von Menschen. Bomber werden den Politikern von den Militärs gerne als begrenzbare und effektive Waffe angeboten. Doch sie können politische Konflikte nicht lösen und sie können auch nicht verhindern, daß Kriege eskalieren. Bomber zerstören immer weiter. Und Bomben töten nicht nur im Krieg.

Für eine weltweite Ächtung aller Bomben - Kein Bombodrom in Wittstock und anderswo !

V.i.S.d.P.: FREIe HEIDe Berlin, c/o A-Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin

Zeitplan

Frieden fällt nicht vom Himmel

In Zusammenarbeit mit:

brandung werkstatt für politische bildung e.V.
Lindenstr.53 14467 Potsdam
tel & fax 0331/29 20 92
oder 28 00 786

Fr 28.8.

Ab 12.00 Anreise, Camporganisation
18.00 : **Auftaktplenum**
20.00 : **"Hintergründe und Geschichte der FREIen HEIDe "**
(BI FREIe HEIDe)
anschließend Lagerfeuer

Sa. 29.8.

10.00-18.00 : **Exkursion ums Bombodrom**
19.00 Veranstaltung mit K.Krusewitz
(Leiter der Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat)
"Vom Bombodrom zur regionalen Selbstbestimmung",

So. 30.8.

10.00 -14.00: Von der Idee zur Aktion

anschließend:
So.30.8 - Di 1.9.
Aktionen auf und um den Platz

Technische Hinweise

Anreise: Zum Naturcampingplatz Schweinrich geht's von Schweinrich aus Richtung Dranse, nach 500 Metern rechts (siehe Beschilderung).
per Bahn: Dranse liegt auf der Strecke von Wittstock nach Neustrelitz. Abholung ab Dranse nach Vereinbarung.
per Auto: über Dreieck A 24 / A 19 Hamburg/Berlin/Rostock zur Abfahrt Wittstock der A 19, durch Wittstock östlich Richtung Flecken Zechlin, dann über Schweinrich zum Campingplatz
Kinderbetreuung bitte auf der Anmeldung anfordern
Übernachtung/Ausrüstung: Wir übernachten auf dem Campingplatz. Bringt Campingausrüstung, Zelt, Schlafsäcke, Geschirr und Musikinstrumente wie immer mit. Auf Wunsch organisieren wir auch Zimmer in Schweinrich, die privat gezahlt werden müssen.
Verpflegung: Die Küche ist selbstorganisiert - Kochkünste können eingebracht werden. Der Einkauf wird gemeinsam organisiert.
Unkostenbeitrag: 10,- bzw. 20,- pro Tag
Anmeldung:
BI- FREIe HEIDe, Robert-Koch-Str. 7
16816 Neuruppin, Tel/Fax: 03391-398047

http:\\www.dfg-vk.freiheid

Schöner wohnen in Hellersdorf? Den braunen Sumpf trockenlegen!

Am 5. September 1998 werden wir anläßlich des Weltfriedenstages in Berlin-Hellersdorf für antifaschistisches Denken und Handeln demonstrieren. Wir wollen auch Alice Salomon - eine jüdische Antifaschistin und Sozialarbeiterin - ehren.

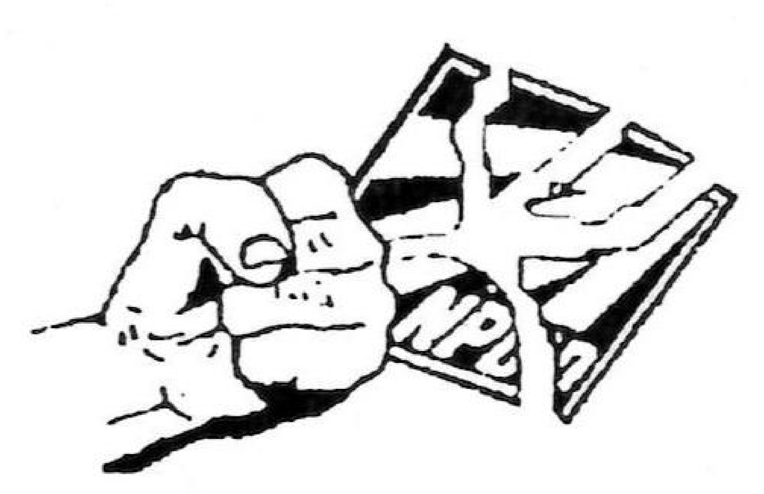
Ähnlich wie vor wenigen Jahren der Nachbarbezirk Marzahn, steht derzeit Hellersdorf als Synonym für neo-nazistische Gewalt in Berlin.

Das nicht ohne Grund, trifft doch mensch überall im Bezirk auf rechts orientierte Jugendcliquen und immer öfter auf faschistische und rassistische Gewalt gegen Personen, die nicht in deren Weltbild passen.

Außerdem, oder gerade deshalb, ist Hellersdorf auch ein wichtiges Rekrutierungsgebiet für rechtsextreme Parteien. Die größte Berliner Ortsgruppe der NPD/JN ist die in Marzahn/Hellersdorf. Aber auch die Republikaner haben hier ihr festes Wählerpotential von ca. 4,5%, oder mehr?

Nicht alles muß sich in der Geschichte wiederholen, deshalb wird Widerstand zur Pflicht!

Samstag, 5. 9. 1998
14.00 Uhr
U-Bahnhof
Louis-Lewin-Straße



V.i.S.d.P.: Peter Hankde

Widerstand in Albinea

GALERIE OLGA BENARIO

FORUM GEGEN NEOFASCHISMUS SEXISMUS RASSISMUS UND IMPERIALISMUS

Der antifaschistische Kampf der italienischen Resistenza und der Alliierten gegen die deutsche Wehrmacht

Eine Ausstellung von Mario Crotti (Albinea), ergänzt von Werner Laube (Berlin-Treptow)

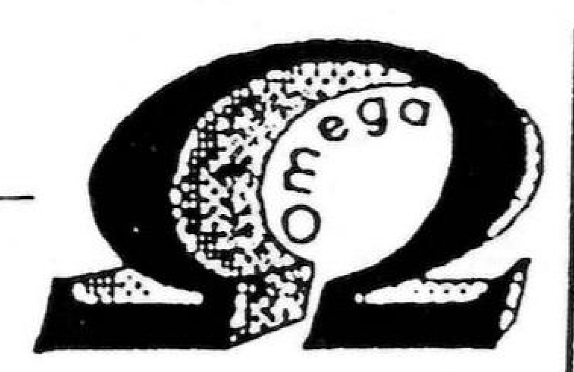
vom 19. Juni bis 30. August 1998

Am 26. und 27. August 1944 wurden 5 deutsche Soldaten in dem italienischen Ort Albinea wegen ihrer Zusammenarbeit mit der Resistenza von einem Standgericht der Wehrmacht abgeurteilt und exekutiert. Ihrem Andenken ist diese Ausstellung gewidmet.
In der Veranstaltungsreihe informieren wir mit Filmen und Referaten über den Widerstandskampf der italienischen PartisanInnen.

Veranstaltungsprogramm (Teil II):

Mo.	17.8. 19.30h	**„Die Nacht von San Lorenzo"**: Italien 1944 - eine Gruppe von Bewohnern entfernt sich heimlich aus dem Heimatdorf, um den amerikanischen Befreiern entgegenzueilen, während die Zurückgebliebenen einem Vergeltungsanschlag der Deutschen zum Opfer fallen: Spielfilm von Paolo und Vittorio Taviani, Italien 1982, 106'
Mi.	19.8. 19.30h	**„PartisanInnen in Piemont"**, Dok.-Film von Katrin Brüggemann und Jürgen Weber, 1996, 50'
Fr.	21.8. 19.30h	Die Italienische Kommunistische Partei und der antifaschistische Widerstands- und Befreiungskampf; Gespräch mit **Prof. Dr. Harald Neubert** (angefragt)
Mi.	26.8. 19.30h	**„Dynamit am Simplon"**: dokumentarischer Spielfilm (16mm) von Werner „Swiss" Schweizer
So.	30.8. 19.30h	Die Internierung italienischer Soldaten und Zivilisten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges; zu Gast **Gianfranco Ceccanei** (angefragt)

GALERIE OLGA BENARIO Weserstr. 5 12047 Berlin-Neukölln, U-Bhf. Hermannplatz, Eingang: Restaurant „Orlando", geöffnet So-Fr 18 bis 24 Uhr. Einmalige oder monatliche Spenden sind ausdrücklich erwünscht: Galerie OLGA BENARIO, Postbank Berlin 70539-107, BLZ 10010010. Vielen Dank!!!



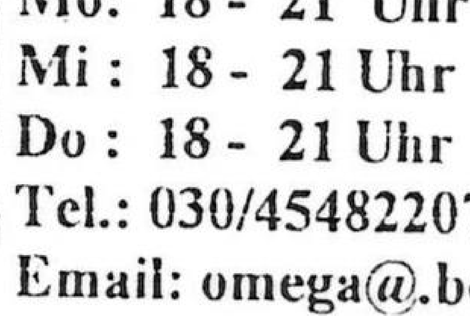
Info-laden Omega

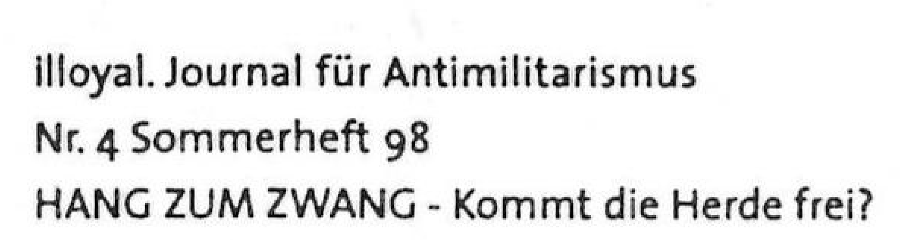
Sparrstraße 21
D-13353 Berlin (Wedding)

Infoladen Omega sucht Gruppen

Von der allgemeinen Krise linker Strukturen wurde auch der Infoladen Omega in der Sparrstraße 21 nicht verschont. Deshalb ist er auch nicht jeden Tag geöffnet.
Gruppen, die auf der Suche nach Räumen für ihre Treffen und Aktivitäten sind, können sich entweder während der Öffnungszeiten im Laden oder per Fax oder E-Mail melden.

Die aktuellen Ladenöffnungszeiten sind:
Mo: 18 - 21 Uhr
Mi: 18 - 21 Uhr
Do: 18 - 21 Uhr
Tel.: 030/45482207 Fax: 030/45482208
Email: omega@.berlinet.de





illoyal. Journal für Antimilitarismus
Nr. 4 Sommerheft 98
HANG ZUM ZWANG - Kommt die Herde frei?

MEDUSA -

Archiv für libertäre und anarchafeministische wissenschaftliche Arbeiten

Hallo! Juli 98

Wir wollen ein Archiv gründen, um Uni-Arbeiten aus den Bereichen Anarchismus und Anarchafeminismus einer größeren Menge von Leuten zugängig zu machen.
Wir stellen uns vor, Haus-, Magistra/er- und Diplomarbeiten zu sammeln und per Post zu verleihen.

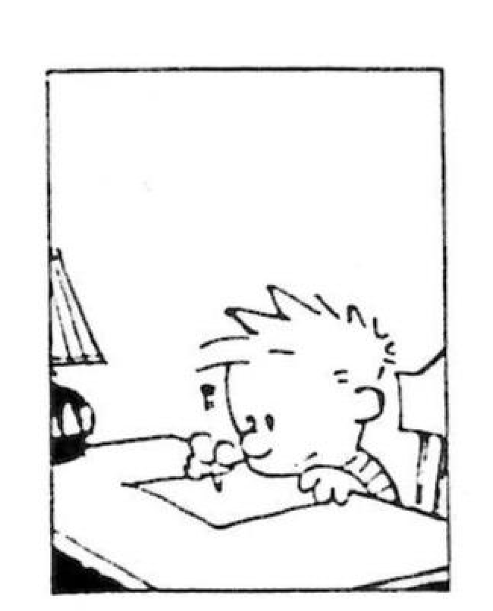
Wenn Ihr Menschen kennt, die Arbeiten in diesen Bereichen geschrieben haben, fragt sie doch, ob sie dem Archiv ein Exemplar zur Verfügung stellen wollen. Die Arbeiten können dann für einen Zeitraum von 3 Monaten gegen Kaution und Portokosten ausgeliehen werden.
Auf Anfrage schicken wir eine Titelliste; die gibt's bei

MEDUSA - Archiv für libertäre und anarchafeministische wissenschaftliche Arbeiten, c/o Infoladen Bankrott, Dahl-weg 64, 48153 Münster









„Mörder-Beleidigungen" von 1996

Wußten Sie´s noch? Im Jahre 1996, beim allerersten Gelöbnis der Bundeswehr, waren unter den hundert Festgenommenen etliche Beleidungs-, Verunglimpfungs- und Volksverhetzungs-terroristen. Im Vorfeld waren Polizeibeamte, die sich normalerweise nicht so gut mit den Gesetzen auskennen, ausnahmsweise von einem Staatsanwalt über diese unterrichtet. Der erzählte, daß jeder, der „Mörder" in Richtung gelobender Soldaten rufe, festzunehmen sei. Das ergab eine Menge Arbeit für die Polizei. Lange hörten die seinerzeit Festgenommenen nichts mehr vom Justizapparat. Im Frühjahr dieses Jahres stand schließlich die Studentin Eva W. vor Gericht, Vorwurf: -Beleidigung (wg. Mörder-Rufen) und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Doch Staatsanwalt und Gericht waren sich bald einig, daß die Beleidigung weniger wichtig ist, dieses Verfahren wurde eingestellt.
Kurz danach erhielten mindestens drei Leute ihre Anklageschriften. Ermittelt wurde gegen mindestens acht Mörder-Rufer. Einer von ihnen ist gar kein richtiger Mörder-Rufer: Einem Potsdamer Bürger wird vorgeworfen, er habe sich, da er zu spät gekommen sei, mit den falschen Worten danach erkundigt, wo das Militär-spektakel denn stattfinde. Zwei Passantinnen hatte er gefragt, wo „die Bastarde" denn nun vereidigt würden. Die beiden Patriotinnen waren ob dieser Frage offensichtlich zu entsetzt, um zu antworten. Dafür eilten sie zu den nächsten Polizeibeamten und verpetzten den wißbegierigen Bürger. Die Polizisten wiederum, nicht faul, liefen ihm hinterher. Da er keine Papiere bei sich hatte, wurde er gleich mit auf die Wache genommen und bekam das volle Programm: Fingerabdrücke, Fotos, Vernehmung. Gegen Abend erst wurde er wieder entlassen. Nun soll er DM 300.-zahlen, ansonsten wird Anklage erhoben. Der Alltag der Berliner Polizei besteht, wer will das nun noch bestreiten, in der Bekämpfung von Schwerstverbrechen.

22.09. TKDV-Prozeß gegen Tilman Heller
9.00 in Berlin AG Tiergarten Raum 572
26.09. Lange-Kerls-Aufmarsch in Potsdam
Proteste dagegen sind möglich ab 12 Uhr am Brandenburger Tor in Potsdam
08.10. Prozeß wegen GelöbniX 1996
11.30 in Berlin AG Tiergarten Raum 705



Antinationaler Kongreß am 4. Oktober in Hannover

Mein Skateboard ist wichtiger als Deutschland

Die antinationale Konferenz findet statt im Faust, Wilhelm-Bluhm-Str. 12 (Ab HBF Stadtbahnlinie 10 Richtung Ahlem bis Haltestelle "Leinaustraße", dann rechts in die Leinaustraße hineingehen.)

Am 3. Oktober 1998 jährt sich zum achten mal das Inkrafttreten des „Einigungsvertrages", durch den sich die BRD die DDR einverleibte. Das ist ihrem politischen Personal auch in diesem Jahr wieder Anlaß, dieses Ereignis als einen besonderen Erfolg der deutschen Nation zu feiern; und ein nicht geringer Teil der linken Opposition in Deutschland wird sich davon wieder einmal zwar demonstrativ, jedoch mit unterschiedlichen – und teils fragwürdigen – Begründungen abwenden.

Das nehmen wir zum Anlaß, die Kritik des Nationalismus aufs Neue zu diskutieren, und dafür laden wir zu einer antinationalen Konferenz am 4. Oktober 1998 nach Hannover ein.

Beginn: 11 Uhr

12 Uhr: Podiumsdiskussion Kommunismus - ein nationales Anliegen?
Sarah Wagenknecht (Kommunistische Plattform in der PDS, angefragt) vs. Eulalia d'Hibou (Junge Linke Bremen)

15 Uhr: Parallel laufende AGs
➤ Der bürgerliche Staat - politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft ➤ Kritik der linken Sozialstaatsillusion und des 'Neoliberalismus'-Ansatzes ➤ War Auschwitz der Zivilisationsbruch? ➤ Nationalsozialismus und postfaschistische Demokratie ➤ Frauen und Volkskörper - Zur Kontinuität eines nationalen Politikfeldes ➤ Dealerhatz - Integration der Volksgemeinschaft durch den Kampf gegen 'Organisierte Kriminalität' ➤ Imperialistische Strategien bei der Zerschlagung von Jugoslawien ➤ Befreiungsnationalismus: Nation statt Befreiung

19 Uhr: Podiumsdiskussion Auschwitz - bevölkerungspolitisches Kalkül oder nationaler Wahn?
Lars Quadfasel (Gruppe Ratio Rausch Revolution) vs. NN

Für preiswerte Verpflegung vor Ort ist gesorgt, und notfalls vermitteln wir auch Übernachtungsplätze. Zur Ankündigung der Konferenz gibt es ein Plakat und eine Zeitung. Beide sind kostenlos erhältlich bei: JungdemokratInnen-Junge Linke, Pappelallee 9, 10437 Berlin, Tel 030/44 02 48-64, Fax -66, jdjlbgs@aol.com. Aktuelle Informationen zur antinationalen Konferenz im Internet unter: www.comlink.apc.org/junge-linke/nation.html

JungdemokratInnen-Junge Linke & Junge Linke Hannover
mit Unterstützung der konkret und des AStA der Uni Hannover



anti atom aktuell

- ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
- gibt Einschätzungen und Meinungen der Anti-AKW-Bewegung wieder
- erscheint am liebsten monatlich
- 12 Ausgaben im Abo für 60 DM

Heft Nr. 94 "Wiederaufarbeitung"

Kostenloses Probeexemplar:
anti atom aktuell
Helgenstockstr. 15
35394 Gießen

aaa-Vertrieb@amazonas.comlink.apc.org
http://www.oneworldweb.de/aaa/home.html

Seminar-Wochenende zum Thema Transidentität/Geschlechtsangleichung
28. bis 30. Aug in der Projektwerkstatt Saasen.
Übernachtung: 6-15 DM

PSYCHEDELIC TRANCE / ACID PARTY
im Anti A33 Hüttendorf

Unser Hüttendorf befindet
sich auf der Trasse der A33.
Noch wohnen wir hier in
selbstgebauten Holzhütten und ausgebauten Bauwägen,
umgeben von Wald und Feldern.
Doch schon bald
werden hier statt unseren Hütten Bagger stehen
und aus unserem Paradies eine Mondlandschaft machen.
Denn ab dem Jahr 2000 sollen hier
zig Autos über eine vierspurige Betonpiste rollen,
und später einmal die Oberzentren Bielefeld
und Osnabrück miteinander verbinden.

Aber wir lassen uns nicht kleinkriegen !
Für den Tag der Räumung sind wir gut gewappnet,
so haben wir in 10-20 Metern Höhe
Baumhäuser und walkways gebaut.
Außerdem sind wir schon seit einer Woche auf Platzsuche,
um ein neues Hüttendorf aufzubauen.
Dieses soll im Tatenhausener Forst sein,
einem riesigen Wald, mit alten Bäumen.

Entweder dort im lieblichen Wald, zu Tatenhausene,
oder unter den Baumhütten neben unserem Dorf,
wollen wir mit euch eine kleine ,aber feine Party feiern.
Es wird ne nette Deko, free fresh fruits
und unsere Spacebar geben.
Außerdem gibt's am nächsten Tag wiedermal ein Konzert.
Meldet euch bei unserer Hotline: 05425-270 oder
kommt schon jetzt und unterstützt uns bei
unserer Platzsuche .



Veranstaltungshinweis

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!
Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen!

06.09.`98
Informationsveranstaltung mit Betroffenen der bundesweiten Hausdurchsuchungen am 12.05.`98.
19 Uhr, Schwarzer Hahn
Lensian
(Landkreis Lüchow Dannenberg)

07.09.`98
Informationsveranstaltung mit Betroffenen der bundesweiten Hausdurchsuchungen am 12.05.`98.
19.30 Uhr, Infocafe Anna & Arthur, Katzenstraße 2
Lüneburg

11.09.`98
Benefizkonzert zur Unterstützung der Passauer AntifaschistInnen mit TOD & MORDSCHLAG (Berlin).
20 Uhr, Exil 2000, Industiestraße
Bodenteich
(Landkreis Uelzen)

16.09.`98
Informationsveranstaltung mit Betroffenen der bundesweiten Hausdurchsuchungen am 12.05.`98.
19.30 Uhr, Kreativer Speicher/Neues Schauspielhaus
Rosenmauerstraße
Uelzen

06.09. - 16.09.`98 veranstaltet von
Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

OG Lüneburg	OG Uelzen
c/o Heinrich Böll Haus	Postfach 1217
Katzenstraße 2	29544 Bad Bevensen
21335 Lüneburg	



Einladung

Den Termin bitte notieren und die Einladung an weitere Interessenten weitergeben!

zum

56. Feilcke – Frühschoppen

mit

Jörg Schönbohm

Senator für Inneres

Feilcke direkt

am Sonntag, 30. August
von 11.00 bis 13.00 Uhr

Festzelt "Kreuzberger festliche Tage"

Viktoriapark –
Eingang Katzbach- oder Kreuzbergstraße

Folgende Termine stehen schon fest:

22. August		Straßenfest auf dem Chamissoplatz	Chamissoplatz in Kreuzberg
23. August		Straßenfest auf dem Chamissoplatz	Chamissoplatz in Kreuzberg
28. August	15.00 bis 19.00 Uhr	"Classic-Cars" Auto-Scooter-Freifahrt für Kinder	Kreuzberger festliche Tage"
30. August	11.00 bis 13.00 Uhr	56. Feilcke-Frühschoppen Ehrengast: Innensenator Jörg Schönbohm	Festzelt Kreuzberger festliche Tage
5. September	13.00 Uhr	Wechsel der "Galgen"-Plakate	Rathaus Schöneberg
6. September	11.00 bis 13.00 Uhr	57. Feilcke-Frühschoppen mit Prof. Rupert Scholz und Jochen Feilcke	Toyota Stolzenburg Mehringdamm 20-30 in Kreuzberg
13. September	10.00 bis 18.00 Uhr	Tag des offenen Rathauses	Rathaus Schöneberg
17. September	17.00 Uhr	Wahlkampfveranstaltung mit Dr. Helmut Kohl	Wittenbergplatz
20. September	vormittags	Veranstaltungen zum Berlin-Marathon	Ort und Zeit in der Geschäftsstelle erfragen
27. September	09.00 bis 18.00 Uhr	Fahrdienste zum Wahllokal	Zentralen in den Geschäftsstellen
2. Oktober	16.00 Uhr	Abnehmen der Galgen	Rathaus Schöneberg

"Big Mac muß weg!"
Anti-McDonalds-Demo
am 29.8. in Hamburg
12 Uhr ab Moorweide
(S-Bahnhof Dammtor)

Mi 26.08., 21 Uhr: Wir können auch anders *(Roadmovie BRD 1992/93)*
Für alle, die den Film noch nicht gesehen haben: Detlev Bucks Nachwendekomödie fällt im bundesdeutschen 90er Jahre - Komödienstadl positiv auf. Eine gelungene Story wird von überzeugenden Darstellern (Joachim Król, Horst Krause, Heinrich Giskes) umgesetzt. Das Ganze wird mit kurzweiligen Soundtracks garniert - Fertig ist der Kultfilm.

Fr 28.08., 21 Uhr: Die Bevölkerungsküche
Vegetarische und nichvegetarische Kost zu erschwinglichen Preisen

So 30.08., 20 Uhr: Schwarzleserey *(Literaturabend)* mit Olaf Schmidt u. Jan Wagner + OPEN MIKE

Veranstaltungen im Bandito Rosso
September 1998

Öffnungszeiten:

Montag ab 20 Uhr Atomic Cafe, Dienstag ab 20 Uhr Unabhängige Jugendantifa, Mittwoch ab 20 Uhr Kulturabend, Donnerstag ab 20 Uhr Infocafé, Freitag ab 20 Uhr wirtschaftlicher Zweckbetrieb

Zweckbetrieb Bandito Rosso

Lottumstr 10a, 10119 Berlin, U-Bhf Rosa-Luxemburg-Platz, Senefelder Platz & Rosenthaler Platz, Nachtbus 52

Mi 02.09.: Kubanischer Abend
Essen, Musik, Film

Mo 07.09.: Wider die Urananreicherungsanlage in Gronau
Infoveranstaltung zum bundesweiten Aktionstag am 12. September & die Blockade der UAA vom 14.-19. September 1998

Mi 09.09.: Weit gefahren; laut gelesen:
Lesung mit L. Johannsen, A. Delissen, Th. Freitag, Ch. Wippig, P. Rascher

Mi 16.09.: Die Rattenlinie (Dokumentarfilm)
Der Film beschreibt die organisierte Flucht hochrangiger Nazi-Kader gegen Ende des Dritten Reichs. Über die sogennante Rattenlinie flohen hunderte Naziverbrecher. Erste Stationen waren kleine Kirchen und Alpenklöster

Mo 21.09.: Old-School-Film in der anstfreien Reihe
Passt bloß auf...
Häuserkampf in Freiburg 1982

Mi 23.09.: Berliner Uraufführung!
Geschichten an einem Fluß (Dokumentarfilm BRD 1992)
Der Film von Petra und Peter Lataster erzählt Wendegeschichten aus Dessau

So 27.09.: Schwarzleserey (Literaturabend)
Beginn 20 Uhr

Mi 30.09.: Der kalte Sommer des Jahres 53 (UdSSR 1988)
Alexander Proschkins Film spielt in der Zeit nach Stalins Tod, als eine Generalamnestie für alle Kriminellen verfügt wurde. Banditen überfallen ein Fischerdorf und terrorisieren die Bewohner. Zwei in diese Einöde verbannte politische Gefangene stellen sich der Auseinandersetzung mit den Banditen

Alle Filme werden auf Video-Großbild gezeigt. Alle Veranstaltungen beginnen spätestens 21 Uhr (wenn nicht anders angegeben).

hallo ihr,

hier sind ein paar veranstaltungshinweise wir bitten um veröffentlichung

mo 07/09 21.ooh infoveranstaltung über RECLAIM THE STREETS im BANDITO ROSSO, lottumstr 10a, mitte

di 15/09 21.ooh infoveranstaltung über RECLAIM THE STREETS in der KASTANIE, kastanienallee 85, prenzlberg

do 17/09 21 ooh infoveranstaltung über RECLAIM THE STREETS im ZIELONA GORA, grünberger str.73, friedrichshain

fr 11/09 22.ooh SYNOPTICAL RIOTS veranstalten eine techno-party in der KÖPI, köpenicker str.137, mitte
dj/anes werden noch bekanntgegeben. auf flyer achten!!!

sa 19/09 22.ooh SYNOPTICAL RIOTS veranstalten eine techno-party im SAMAKELLER, samariterstr.32, friedrichshain
dj/anes werden noch bekanntgegeben. auf flyer achten!!!

danke vielmals,

Termin für die nächste Interim

Donnerstag, 03.09. im Bandito Rosso (Lottumstr. 10 a), 21.00 Uhr

Filmabend: "Die Wahrheit liegt in Rostock"

Motivationsveranstaltung für Beteiligung an Aktionen gegen den NPD-Großaufmarsch in Rostock am 19. 09. mit angemeldeter Kundgebung der Nazis vor dem "Sonnenblumenhaus" in Lichtenhagen, dem Ort der rassistischen Pogrome

Die Karawane ist in Berlin ...vom 20. bis 23. August 1998

Donnerstag, 20. August

19.00 Uhr
Ankunft der Karawane aus Rostock, gemeinsamer Spaziergang vom Oranienplatz zum Mariannenplatz

20.00 Uhr
Begrüßung der Karawane am Mariannenplatz

21.00 Uhr
Essen, Trinken, Musik

Freitag, 21. August

Vormittagsprogramm wird aktuell angekündigt

14.00 Uhr
Treffen von Flüchtlingen und MigrantInnen im Bethanien, Mariannenplatz 2, Berlin-Kreuzberg mit kulturellen Beiträgen

16.00 Uhr
'Rassismus, Sexismus und Gewalt – Erfahrungen und Widerstand', Diskussionsveranstaltung im Bethanien mit verschiedenen Beiträgen von Flüchtlingen und politischen AktivistInnen

21.00 Uhr
Kulturprogramm im Bethanien

Samstag, 22. August

eine *'Karawane durch die Stadt'* soll die gegenwärtige Politik der Verdrängung und Diskriminierung an verschiedenen Orten thematisieren und die alltägliche Gegenwart von MigrantInnen und Flüchtlingen in der Stadt deutlich machen:

11.00 Uhr
Kottbusser Tor

13.00 Uhr
Alexanderplatz

16.00 Uhr
Gemeinsames Essen, Alexanderplatz

18.00 Uhr
Open-Air-Konzert vor dem Frauenabschiebeknast in der Kruppstraße, Berlin-Moabit

20.30 Uhr
Enthüllung und Präsentation eines Wandbildes zu *'500 Jahre Eroberung Lateinamerikas'*, Oranienstraße / Ecke Manteuffelstraße, Berlin-Kreuzberg

22.00 Uhr
Frauen-Lesben-Soliparty für das Sorgloskonto, Ex, Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg

Sonntag, 23. August

9.00 Uhr
Weiterfahrt der Karawane nach Dresden mit Zwischenkundgebung in Forst an der Neiße (deutsch-polnische Grenze) zu Grenzsituation, Fluchthilfe, Erinnerung an die an der Grenze gestorbenen Flüchtlinge

17.00 Uhr
Ankunft und Empfang in Dresden

No dEpoRtatIonS!

¡Papeles para todos/as!

Keine Abschiebungen!

Sınırdışı edilmelere hayır!

¡No eXtradicionEs!

Nobody is illegal!

KeIn MenSch Ist Illegal!

Samstag

22.8.

(ab 21 h)

EX

Gneisenaustr. 2a

22 h: Friedrichshainer FrauenLesben-Chor

Cocktailtresen

Snacks

Flohmarktstand
(für Sorglos-Konto)

DJanes Almut + Irene

FRAUEN/LESBEN

SOLI-PARTY

für: Sorglos-Konto

(zur Unterstützung illegalisierter Migrantinnen)



für die rechte von flüchtlingen und migrantInnen

Berlin:
20-22 August 98